

Das Bürgerliche Recht in 100 Leitentscheidungen
für Studium und Examen



Das Bürgerliche Recht in 100 Leitentscheidungen

100 höchstrichterliche Urteile mit Anregungen
zur Vertiefung für Studium und Examen

7., neu bearbeitete Auflage

von

Haimo Schack und Hans-Peter Ackmann

Mohr Siebeck

Haimo Schack, geboren 1952; Studium der Rechtswissenschaften in Köln, Straßburg und Berkeley/Kalifornien (LL.M.); 1980 zweites jur. Staatsexamen; 1978 Promotion und 1985 Habilitation in Köln; 1986 Professor in Bonn, 1988 Bielefeld, 1993 Kiel, Direktor des Instituts für Europäisches und Internationales Privat- und Verfahrensrecht; 1995–2005 Richter am Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgericht; 1994–2002 Gastprofessor an der University of Illinois in Urbana-Champaign; seit 2002 Stellvertretender Vorsitzender des Justizprüfungsamtes beim OLG Schleswig.

Hans-Peter Ackmann, geboren 1954; Promotion Bonn 1982; Assessorexamen Düsseldorf 1984; LL.M. Berkeley/USA 1986; Hochschulassistent an der Universität Bonn 1986–1991; Lehrstuhlvertreter an der Universität Marburg 1991/1992; Lehrbeauftragter an den Universitäten Bonn (1992–1994) und Straßburg (1993) sowie an der FH Köln (2009–2012); seit 1992 Rechtsanwalt in Köln; seit 1993 Verbandsdirektor des Arbeitgeberverbandes Deutscher Eisenbahnen in Köln und seit 1996 Hauptamtlicher Vorstand der Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen in Köln; seit 1998 Mitglied des Justizprüfungsamtes beim OLG Köln.

ISBN 978-3-16-156367-6

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2018 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von der pagina GmbH in Tübingen aus der Stempel Garamond gesetzt, von der Druckerei C.H. Beck in Nördlingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Vorwort zur siebten Auflage

Seit der sechsten Auflage (2011) mussten der EUGH und der BGH immer wieder Auslegungsprobleme von EU-Richtlinien und des deutschen Schuldrechts klären. So ist der alte Parkettstäbefall 41 durch § 439 III BGB gegenstandslos geworden, und der alte Fall 23 zur Anpassung langfristiger Verträge im Wesentlichen überholt durch das Preisklauselgesetz vom 7.9.2007. Insgesamt haben wir 12 Leitentscheidungen durch aktuellere Urteile ersetzt (Fälle 8, 16, 17, 23, 33, 38, 41, 43, 47, 55, 91, 96) und die Anregungen zur Vertiefung durchgängig auf den neuesten Stand gebracht. Um das Verständnis der älteren Entscheidungen zu erleichtern, haben wir in den Text in eckigen Klammern die entsprechenden heute geltenden Vorschriften des BGB, der ZPO und anderer Gesetze eingefügt. Auf diese Weise können alle diejenigen, denen die alten Hausnummern nichts (mehr) sagen, die unverändert wichtigen älteren Entscheidungen schneller nachvollziehen als bei der Lektüre der damaligen Veröffentlichungsorgane.

Auch und gerade die Studienanfänger müssen sich frühzeitig an die Lektüre von Gerichtsentscheidungen gewöhnen. Der Sinn vieler Normen erschließt sich erst in ihrer praktischen Anwendung, und der ständige Realitätsbezug trägt zur Motivation der Studierenden bei.

Wiederholen möchten wir die Mahnung, dass das Familien- und Erbrecht als bloße so genannte Überblicks- oder Grundzügefächer die Studierenden keinesfalls dazu verleiten darf, in diesen und anderen Nebengebieten auch noch auf die Grundkenntnisse zu verzichten. Das muss – in den Klausuren und in der mündlichen Prüfung – schiefgehen. Ziel einer wissenschaftlichen Juristenausbildung, die auch den Anforderungen der Praxis Rechnung trägt, kann es nicht sein, die Studierenden mit immer weniger Wissen immer früher ins Examen zu schicken. Trotz der gebotenen Stoffentlastung müssen sie ein Gespür für die größeren juristischen und auch wirtschaftlichen und politischen Zusammenhänge bekommen. Die relativ wenigen Fälle zum Familien- und Erbrecht, die wir in diese Sammlung aufgenommen haben, verdienen es deshalb, nicht nur wegen ihrer vielfältigen Bezüge zu anderen Teilen des BGB, ebenso sorgfältig wie die anderen Entscheidungen durchgearbeitet zu werden.

Die Anregungen zur Vertiefung sind nach langen Diskussionen in meinem Kie-ler Doktoranden- und Mitarbeiterseminar entstanden. Allen Teilnehmern danken wir herzlich, ganz besonders Herrn Dr. *Florian Jotzo*.

Kiel und Köln, im Juli 2018

Haimo Schack
Hans-Peter Ackmann

Aus dem Vorwort zur ersten Auflage (1989)

Die hier vorgelegte Sammlung von 100 höchstrichterlichen Entscheidungen zum Bürgerlichen Recht will eine Lücke in der sonst so überreichlichen Ausbildungsliteratur füllen. Mit dieser Sammlung wird den Studierenden der schnelle Zugriff auf die einschlägigen Entscheidungen eröffnet. Die Vereinigung der besonders wichtigen, möglichst aktuellen Urteile des Bundesgerichtshofs in einem Band erspart nicht nur zeitraubendes und teures Kopieren, sondern auch so manche (nicht selten vergebliche) Suche in überlasteten juristischen Bibliotheken.

Die Sammlung ist einmal als *Arbeitsmaterial* zur Begleitung der BGB-*Vorlesungen* gedacht und soll die Studierenden von den ersten Semestern an mit der notwendigen Lektüre von Originalurteilen vertraut machen.

Die Sammlung ist weiter eine Hilfe bei der Vorbereitung auf die Klausuren in den *Übungen* und der *Zwischenprüfung* im Bürgerlichen Recht. Es ist kein Geheimnis, dass die Klausuraufgaben oft „berühmten“ Entscheidungen nachgebildet sind und/oder dort offengelassene Fragen aufgreifen.

Bei der *Examensvorbereitung* kann die Sammlung wertvolle Dienste leisten. Im ersten wie im zweiten Staatsexamen, für die Klausuren wie in der mündlichen Prüfung, ist es unerlässlich, die wichtigsten höchstrichterlichen Entscheidungen in den erfahrungsgemäß prüfungsrelevanten Bereichen zu kennen.

Wir legen auf das Lernen anhand höchstrichterlicher Entscheidungen bewusst einen stärkeren Akzent. Hier hat die Tradition des US-amerikanischen *Casebook* gegenüber den gelegentlich blutleeren Beispielfällen vieler deutscher Lehrbücher unbestreitbare Vorzüge. Kritische Reflexion der in Gerichtsurteilen zutage tretenden Rechtswirklichkeit tut not, wenn wir selbstständig denkende und argumentierende Juristen ausbilden wollen. Hier versteht sich unsere Entscheidungssammlung als notwendige Ergänzung, in keiner Weise aber als Ersatz, guter Lehr- und Lernbücher.

Die richtige *Auswahl* der Entscheidungen zu treffen, war oft nicht leicht. Darüber, welcher einer Vielzahl von Fällen, die ein identisches oder ähnliches Problem behandeln, der geeignetste ist, lässt sich trefflich streiten. Mehrmals fiel unsere Wahl nicht auf die berühmte Grundsatzentscheidung, sondern auf ein aktuelleres, instruktiveres und besser begründetes Urteil, das sich verstärkt mit den in der Literatur geäußerten Ansichten und der vorgebrachten Kritik auseinandersetzt. Bei einer ganzen Reihe von Urteilen fiel auch ins Gewicht, dass sie

neben dem Zentralproblem noch andere wichtige Fragen behandeln. Wir haben uns bemüht, Fälle aus allen examensrelevanten Bereichen des BGB aufzunehmen (ausgespart blieb das Vereins- und Gesellschaftsrecht). So ist auch das Familien- und Erbrecht angemessen berücksichtigt mit dem Schwerpunkt auf solchen Entscheidungen, die starke Bezugspunkte zu den ersten drei Büchern des BGB aufweisen.

Von Kürzungen der Urteile um für Studierende vermeintlich weniger wichtige Passagen haben wir bis auf ganz seltene Ausnahmen abgesehen. Die Lebenswirklichkeit auch in komplexen Sachverhalten zu erkennen, sollte früh geübt werden. Ihrem Ausbildungsstand entsprechend sollten die Studierenden auch der prozessualen Einkleidung der Entscheidung Aufmerksamkeit schenken.

Am Ende eines jeden Falles stellen wir *Fragen* unterschiedlicher Schwierigkeit, die zum Teil auf die Studierenden im Grundstudium, zum Teil auf solche in der Examensvorbereitung zugeschnitten sind. Die Fragen sollen Denkanstöße und Anreiz zur selbstständigen Nach- und Weiterarbeit geben, insbesondere dem Leser helfen zu überprüfen, ob er/sie das Urteil und dessen mögliche Konsequenzen verstanden hat. Wichtige Einzelheiten enthält die nachfolgende *Arbeitsanleitung*. Die Entscheidungen und Fragen haben wir in vielen Sitzungen zusammen mit Studenten mittlerer Semester diskutiert. So konnten wir Verständnisschwierigkeiten aufdecken und die Wirkung der Fragen erproben. Von der sich immer wieder schnell entzündenden *Diskussion* haben wir alle sehr profitiert. Wir wünschen den Studierenden, die sich *in Arbeitsgemeinschaften* auf das Examen vorbereiten, daß sie in ähnlicher Weise bei der Suche nach den Antworten die Freude an selbstständiger Lernarbeit erleben. Kritik und Anregungen sind stets willkommen!

Arbeitsanleitung

1. Die *gründliche Lektüre* des Urteils braucht ihre Zeit, im Durchschnitt sicher 45 Minuten. Überfliegen des Textes, um möglichst schnell den Leitsatz wiederzuerkennen, ist sinnlos. Für den Fortgeschrittenen ist es wichtig, das gesamte Urteil, einschließlich seiner prozessualen Einkleidung, zu erfassen. Der Anfänger mag schwierigere Passagen, die über den bisher in den Vorlesungen behandelten Stoff hinausgehen, zunächst überspringen.

2. Besonders wichtig ist die vollständige Erfassung des manchmal durchaus komplexen *Lebenssachverhalts*. Stets sollten Sie eine *Skizze* anfertigen, um eine genaue Übersicht über die Beteiligten und die zwischen ihnen bestehenden Rechtsbeziehungen zu gewinnen.

3. Bei der Lektüre der Urteilsgründe kommt es darauf an, sich über die vom Gericht geprüfte Anspruchsgrundlage Klarheit zu verschaffen. Lesen Sie die zitierten Gesetzesvorschriften im Zusammenhang mit den sie umgebenden Normen auch dann, wenn sie Ihnen vermeintlich bekannt sind.

4. *Markieren* sollten Sie die Kernsätze des Urteils mit seinen tragenden Argumenten. Von guten Jurist(inn)en wird erwartet, dass sie nach Abwägung aller Argumente ihr Ergebnis, das nicht unbedingt dem des BGH entsprechen muss, eigenständig begründen können.

5. Nachdem Sie die Entscheidung durchgearbeitet haben, sollten Sie darüber nachdenken, wie der Fall in einem *Gutachten* (als Klausur oder Hausarbeit) zu lösen und aufzubauen wäre. Suchen Sie vor allem nach weiteren einschlägigen Anspruchsgrundlagen, die das Gericht nicht geprüft hat, weil bereits eine Anspruchsgrundlage zum Klageziel führte. In einem Rechtsgutachten dürfen Sie nicht ihr Ergebnis voranstellen und einseitig begründen (Urteilsstil), sondern Sie müssen alle vernünftigerweise in Betracht kommenden Anspruchsgrundlagen umfassend durchprüfen. Bei Aufbauschwierigkeiten sollten Sie ein Anleitungsbuch zur Fallbearbeitung zu Rate ziehen, z. B. *Schwab/Löhnig*, Falltraining im Zivilrecht, 6. Aufl. 2016.

6. Die am Ende eines jedes Falles aufgeworfenen *Fragen* sind teils auf Anfänger, teils auf Fortgeschrittene (mit „F“ gekennzeichnet) zugeschnitten. Mit ihrer Hilfe sollen Sie kontrollieren, ob Sie das Urteil und seine Grundlagen verstanden haben. Unsere Absicht ist es, Sie zum selbständigen Durch- und Weiterdenken der Entscheidung anzuregen. Lassen Sie sich nicht entmutigen, wenn Sie die Frage nicht auf Anhieb beantworten können. Viele Antworten lassen sich ohne weiteres aus dem Urteilstext erschließen. Sonst hilft ein Blick in die Kommen-

tierung der einschlägigen Vorschriften, z. B. im *Jauernig*, BGB, 17. Aufl. 2018, im *Palandt*, BGB, 77. Aufl. 2018, oder in ein Lehrbuch. Soweit nötig, haben wir gezielte weiterführende Hinweise auf andere Entscheidungen und Literatur gegeben. Die Aufforderung „Lesen Sie ...“ ist ernst gemeint. Warnen möchten wir davor, ständig nach der einzig richtigen Antwort zu suchen: Oft gibt es keine eindeutigen Lösungen, sondern nur mehr oder weniger überzeugende; hier sollen und müssen die Wertungsgrundlagen gesucht und offengelegt werden.

Inhaltsverzeichnis

Allgemeiner Teil

1.	BGHZ 91, 324	= NJW 1984, 2279 – Willenserklärung trotz fehlenden Erklärungsbewusstseins	1
2.	BGH	NJW 1984, 1885 – Freibleibendes Angebot	8
3.	BGHZ 149, 129	= NJW 2002, 363 – Versteigerung im Internet	11
4.	BGHZ 40, 42	= NJW 1963, 1922 – Kaufmännisches Bestätigungsschreiben	18
5.	BGHZ 87, 150	= NJW 1983, 1610 – Falsa demonstratio beim Grundstückskauf	25
6.	BGHZ 144, 331	= NJW 2000, 3127 – Misslungenes Scheingeschäft	29
7.	BGHZ 34, 32	= NJW 1961, 772 – Irrtumsanfechtung und Gewährleistung	32
8.	BGHZ 201, 1	= NJW 2014, 1805 – Folgen eines Verstoßes gegen das Verbot der Schwarzarbeit	41
9.	BGHZ 146, 298	= NJW 2001, 1127 – Sittenwidrigkeit eines Grundstückskaufs	49
10.	BVerfGE 89, 214	= NJW 1994, 36 – Sittenwidrigkeit eines Bürgschaftsvertrages	58
11.	BGHZ 66, 378	= NJW 1976, 1395 – Verzicht auf Einhaltung der vertraglich vereinbarten Schriftform	69
12.	BGHZ 170, 31	= NJW 2007, 674 – Verjährungsverkürzung in AGB	73
13.	BGH	NJW 1979, 2306 – Vollmacht zur Grundstücksübertragung	82
14.	BGHZ 86, 273	= NJW 1983, 1308 – Anscheinsvollmacht	85
15.	BGHZ 78, 28	= NJW 1981, 109 – Schenkung der Eltern an ihr minderjähriges Kind	89

Allgemeines Schuldrecht

16.	BGHZ 206, 254	= NJW 2015, 2880 – Kein Aufwendungsersatz bei reiner Gefälligkeit	94
17.	BGHZ 205, 90	= NJW 2015, 2497 – Empfangszuständigkeit bei Betreuung mit Einwilligungsvorbehalt	99
18.	BGH	NJW 2003, 3341 – Erfüllungsort im Versandhandel	104

19. BGHZ 93, 23	= NJW 1985, 794 – Haftungsmilderung bei Schenkung (Kartoffelpülpelfall)	108
20. BGHZ 99, 101	= NJW 1987, 639 – cic durch Herbeiführen eines nichtigen Vertrages	112
21. BGHZ 126, 181	= NJW 1994, 2220 – Eigenhaftung des Vertreters ...	119
22. BGH	NJW 1976, 565 – Störung der Geschäftsgrundlage (Bundesligafall)	127
23. BGH	NJW 2017, 1100 – Zurückbehaltungsrechte, Schuldner- und Annahmeverzug	134
24. BGH	NJW 1977, 2259 – Haftung für Hilfspersonen	141
25. BGHZ 178, 355	= NJW 2009, 1068 – Wertersatz nach Rücktritt	148
26. BGHZ 163, 381	= NJW 2005, 2848 – Aufwendungsersatz nach Rücktritt	153
27. BGHZ 97, 14	= NJW 1986, 1538 – Ersatz fiktiver Wiederherstellungskosten	161
28. BGHZ 98, 212	= NJW 1987, 50 – Schadensersatz wegen Nutzungsausfalls	166
29. BGHZ 67, 119	= NJW 1976, 1883 – Erwerbsausfall einer Prostituierten	177
30. BGHZ 75, 230	= NJW 1980, 119 – Schadensersatzpflicht des Ladendiebes	184
31. BGHZ 58, 216	= NJW 1972, 942 – Gesamtschuldnerausgleich bei vertraglicher Haftungsbeschränkung	193
32. BGH	NJW 1967, 1020 – Bürgschaft und Garantieverprechen	201
33. BGHZ 212, 207	= NJW 2017, 243 – Widerruf eines Verbraucherdarlehensvertrags	205
34. BGHZ 108, 179	= NJW 1989, 2530 – Ausgleich unter verschiedenen Sicherungsgebern	216
35. BGHZ 93, 271	= NJW 1985, 1457 – Einwendungen beim Vertrag zugunsten Dritter	223
36. BGHZ 66, 51	= NJW 1976, 712 – cic beim Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter (Gemüseblattfall)	228
37. BGHZ 40, 91	= NJW 1963, 2071 – Grenzen der Drittschadensliquidation (Gürtelfall)	234
38. BGHZ 200, 188	= NJW 2014, 2577 – Haftung des Abschleppunternehmers	243

Besonderes Schuldrecht

39. BGHZ	168, 64	= NJW 2006, 2839 – Ersatzlieferung beim Stückkauf .	248
40. BGHZ	162, 219	= NJW 2005, 1348 – Selbstvornahme ohne Nachfristsetzung	259
41. BGHZ	212, 224	= NJW 2017, 1093 – Beweislastumkehr beim Verbrauchsgüterkauf	267
42. BGHZ	175, 286	= NJW 2008, 2028 – Rückabwicklung der Inzahlungnahme eines Gebrauchtwagens	283
43. BGHZ	212, 248	= NJW 2017, 878 – Wertersatz nach Widerruf (Katalysatorfall)	290
44. BGHZ	180, 123	= NJW 2009, 3572 – Widerrufsdurchgriff beim verbundenen Geschäft	306
45. BGHZ	81, 298	= NJW 1982, 105 – Gewährleistungspflicht des Leasinggebers	313
46. BGHZ	112, 122	= NJW 1990, 2550 – Partnerschaftsvermittlung	322
47. BGHZ	213, 349	= NJW 2017, 1604 – Baumängel vor Abnahme	326
48. BGHZ	97, 255	= NJW 1986, 1748 – Gewährleistung beim Reisevertrag	334
49. BGHZ	38, 270	= NJW 1963, 390 – Selbstaufopferung im Straßenverkehr	341
50. BGHZ	156, 394	= NJW 2004, 513 – Erstattungsansprüche der Polizei	349
51. BGHZ	181, 188	= NJW 2009, 2590 – Leistung aufgrund einer unwirksamen Endrenovierungsklausel	354
52. BGH		NJW 1992, 310 – Verkauf eines gestohlenen Autos	362
53. BGHZ	57, 137	= NJW 1972, 36 – Anfechtung nach verschuldetem Untergang der Kaufsache	366
54. BGHZ	55, 128	= NJW 1971, 609 – Bereicherungshaftung Minderjähriger (Flugreisefall)	378
55. BGHZ	205, 377	= NJW 2015, 3093 – Bereicherungsausgleich nach nicht autorisiertem Zahlungsvorgang	387
56. BGHZ	51, 91	= NJW 1969, 269 – Produzentenhaftung (Hühnerpestfall)	395
57. BGHZ	129, 353	= NJW 1995, 2162 – Produkthaftung (Mineralwasserflaschenfall)	409
58. BGHZ	86, 256	= NJW 1983, 810 – Weiterfressender Mangel (Gaszugfall)	418
59. BGHZ	171, 275	= NJW 2007, 1977 – Recht am eigenen Bild	424
60. BGHZ	29, 65	= NJW 1959, 479 – Eingriff in den Gewerbebetrieb .	434
61. BGHZ	63, 189	= NJW 1975, 168 – Kausalzusammenhang bei Herausforderung des Opfers	440

62. BGHZ	56, 163	= NJW 1971, 1883 – Schockschaden	446
63. BGHZ	86, 240	= NJW 1983, 1371 – Wrongful life	455
64. BGHZ	103, 338	= NJW 1988, 2667 – Mitverschulden der Eltern bei Verletzung ihres Kindes	466
65. BGHZ	107, 359	= NJW 1989, 2616 – Haftungsrechtliche Zurechnung nach einem Verkehrsunfall	475
66. BGHZ	72, 355	= NJW 1979, 544 – Folgeschaden bei alternativer Verursachung	481
67. BGHZ	54, 283	= NJW 1971, 33 – Haftung von Nebentätern bei Mitverschulden des Verletzten	486
68. BGH		NJW 1984, 977 – Unterhaltsschaden nach Tötung der Ehefrau	491

Sachenrecht

69. BGHZ	101, 186	= NJW 1987, 2812 – Fund eines Tausend-DM-Scheins	496
70. BGHZ	34, 122	= NJW 1961, 499 – Zurückbehaltungsrecht des Werkunternehmers	502
71. BGHZ	92, 143	= NJW 1985, 47 – Industrieimmissionen (Kupolofenfall)	511
72. BGH		NJW 1979, 714 – Mitbesitz und Übergang des Eigentums	519
73. BGH		NJW 1974, 1132 – Gutgläubiger Geheißerwerb (Hemdenfall)	524
74. BGHZ	50, 45	= NJW 1968, 1382 – Gutgläubiger Erwerb des mittelbaren Besitzes (Fräsmaschinenfall)	530
75. BGHZ	20, 159	= NJW 1956, 788 – Verarbeitung; Verbindung; wesentliche Bestandteile	535
76. BGH		NJW-RR 1991, 343 – Verlängerter Eigentumsvorbehalt des Baustofflieferanten	541
77. BGHZ	55, 176	= NJW 1971, 612 – Bereicherungshaftung nach Verarbeitung (Jungbullenfall)	548
78. BGHZ	23, 61	= NJW 1957, 460 – Aufgedrängte Bereicherung	551
79. BGHZ	80, 228	= NJW 1981, 1554 – Schicksal der persönlichen Forderung nach Ablösung der Sicherungsgrundschuld	555
80. BGH		NJW 1988, 2364 – Dienstbarkeit zur Sicherung einer Bierbezugsverpflichtung	561
81. BGH		NJW 1981, 446 – Gutgläubiger Erwerb einer Vormerkung	566
82. BGHZ	54, 56	= NJW 1970, 1541 – Ideelle Immissionen; Schwarzkauf	570

83. BGHZ	173, 71	= NJW 2007, 3204 – Gutgläubiger Erwerb eines Miteigentumsanteils	577
84. BGHZ	83, 395	= NJW 1982, 1639 – Anwartschaftsrecht des Auflassungsempfängers	585
85. BGHZ	98, 303	= NJW 1987, 487 – Globalzession contra verlängerter Eigentumsvorbehalt	590
86. BGHZ	137, 212	= NJW 1998, 671 – Freigabepflicht des Sicherungsnehmers	603

Familienrecht

87. BGH		NJW 1988, 1208 – Schadensersatzansprüche unter Ehegatten	618
88. BGHZ	94, 1	= NJW 1985, 1394 – Geschäfte zur Deckung des Lebensbedarfs	625
89. BGHZ	77, 293	= NJW 1980, 2350 – Verfügung eines Ehegatten über sein Vermögen im Ganzen	634
90. BGHZ	82, 227	= NJW 1982, 1093 – Zuwendungen unter Ehegatten und Zugewinnausgleich	641
91. BGHZ	196, 207	= NJW 2013, 2108 – Schadensersatzanspruch des Scheinvaters gegen die Mutter	649
92. BGH		NJW 2010, 2884 – Rückforderung einer Zuwendung der Schwiegereltern	658
93. BGHZ	177, 193	= NJW 2008, 3277 – Ausgleichsansprüche am Ende einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft	666

Erbrecht

94. BGHZ	86, 41	= NJW 1983, 672 – Testamentsauslegung	679
95. BGH		NJW 1973, 1645 – Zuwendungen an die Geliebte und „Aushöhlung“ des Erbvertrages	686
96. BGHZ	188, 96	= NJW 2011, 1586 – Berliner Testament, Pflichtteilsverzicht	692
97. BGHZ	56, 47	= NJW 1971, 1265 – Erbengemeinschaft	702
98. BGHZ	42, 182	= NJW 1964, 2404 – Pflichtteil und Zugewinnausgleichsanspruch des Ehegatten	710
99. BGHZ	59, 210	= NJW 1973, 40 – Pflichtteilsergänzungsanspruch	718
100. BGH		NJW 1975, 382 – Bankauftrag zugunsten Dritter auf den Todesfall	724
Entscheidungsverzeichnis			731
Gesetzesverzeichnis			739
Stichwortverzeichnis			743

Nr. 1 – Willenserklärung trotz fehlenden Erklärungsbewusstseins

BGHZ 91, 324 = JZ 1984, 984 (Ahrens) = NJW 1984, 2279 (Canaris)

Trotz fehlenden Erklärungsbewusstseins (Rechtsbindungswillens, Geschäftswillens) liegt eine Willenserklärung vor, wenn der Erklärende bei Anwendung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt hätte erkennen und vermeiden können, dass seine Äußerung nach Treu und Glauben und der Verkehrssitte als Willenserklärung aufgefasst werden durfte, und wenn der Empfänger sie auch tatsächlich so verstanden hat. Sie kann gemäß §§ 119, 121, 143 BGB angefochten werden.

BGH, Urt. v. 7. 6. 1984 – IX ZR 66/83 (OLG München)

Zum Sachverhalt: Die Kl., die Hallen aus Stahl herstellte, hatte von ihrer Kundin, der Firma S-GmbH verlangt, Bankbürgschaften zur Sicherung aus Lieferungen herrührender Verbindlichkeiten beizubringen. Das sagte der Geschäftsführer der S auch zu. Er nahm einen von der Kl. am 4. 9. 1981 ausgestellten, auf die S gezogenen Wechsel über 259 046,83 DM für diese Firma an. Am 8. 9. 1981 richtete die bekl. Sparkasse folgendes Schreiben an die Kl.:

„Unsere Bürgschaft in Höhe von 150 000 DM zugunsten Firma S-GmbH. . . . Zugunsten der Firma S-GmbH haben wir gegenüber Ihrer Firma die selbstschuldnerische Bürgschaft in Höhe von 150 000 DM übernommen. Wir wären Ihnen für eine kurze Mitteilung sehr verbunden, wie hoch sich die Verpflichtungen der Firma S-GmbH bei ihnen derzeit belaufen . . .“

Die Kl. antwortete unter dem 17. 9. 1981: „Wir danken für Ihr Schreiben vom 8. 9. 1981 und haben gerne zur Kenntnis genommen, dass Sie gegenüber der Firma S-GmbH . . . die selbstschuldnerische Bürgschaft gegenüber unserer Firma in Höhe von 150 000 DM übernommen haben. Unsere Forderungen an die oben genannte Firma betragen mit dem heutigen Stand öS 1 652 717,83, welches einem Gegenwert von 236 102,54 DM entspricht . . .“

Am 24. 9. 1981 schrieb die Bekl. an die Kl.: „Zu Ihrem Schreiben vom 17. 9. 1981 teilen wir Ihnen mit, dass wir an Sie gegenüber der oben bezeichneten Firma (S-GmbH) keine selbstschuldnerische Bürgschaft in Höhe von 150 000 DM übernommen haben. Die in Ihrem Schreiben angeführten Ausführungen treffen daher nicht zu . . .“

Nachdem die Kl. am 28. 9. 1981 auf den Widerspruch zu dem Schreiben vom 8. 9. 1981 hingewiesen hatte, entgegnete die Bekl. unter dem 6. 10. 1981: „Bei dem Schreiben vom 8. 9. 1981 ging unsere Zweigstelle davon aus, dass gegenüber der Firma A (Kl.)-Hallen Bau GmbH eine Bürgschaft besteht. Diese Annahme beruhte auf einem Irrtum. Im Dezember 1980 war auch die Übernahme einer Bürgschaft gegenüber der Firma A im Gespräch. Diese Bürgschaft kam jedoch nicht zustande. Nachdem unsererseits gegenüber der Firma A keine Bürgschaftsverpflichtung besteht, können wir die von Ihnen geforderte Zahlung nicht leisten . . .“ Mit Schreiben vom 17. 11. 1981 focht die Bekl. „eine etwa erteilte Bürgschaftserklärung nochmals wegen Irrtums vorsorglich an“. Am 8. 12. 1981 ging der Wechsel über 259 046,83 DM mangels Zahlung der Bezogenen zu Protest.

Das *LG* erkannte der Kl. am 12. 8. 1982 durch Vorbehaltsurteil 150 000 DM nebst Prozesszinsen zu. Es erklärte dieses Urteil am 11. 11. 1982 für vorbehaltlos. Das *OLG* wies die zu gemeinsamer Verhandlung und Entscheidung verbundenen Berufungen zurück. Die Revision der Bekl. hatte keinen Erfolg.

Aus den Gründen: Das BerGer. legt dar: Aus der Sicht eines loyalen Empfängers enthalte das Schreiben der Bekl. vom 8. 9. 1981 eine rechtsgeschäftliche Willenserklärung zur Übernahme einer Bürgschaft, die die Kl. angenommen habe. Der Wortlaut des Schreibens könnte zwar als bloße Mitteilung oder auch Wissenserklärung über einen in der Vergangenheit liegenden Vorgang aufgefasst werden; so sehe die Bekl. „den irrtümlichen Inhalt des Schreibens“. Die Kl. habe unstreitig gewusst, dass die Bekl. früher eine Bürgschaft nicht übernommen hatte. Für sie habe sich das Schreiben als Bürgschaftsübernahme dargestellt, zumal eine zurückliegende Bürgschaftsübernahme nicht geschildert sei. Aus dem Wortlaut habe die Kl. entnehmen können, dass die zuständigen Gremien intern einem Bürgschaftsantrag zugestimmt hätten. Das gelte um so mehr, als der Geschäftsführer der *S* auf Verlangen der Kl. sein Bemühen um eine Bankbürgschaft zugesagt gehabt habe. Die Bürgschaftsverpflichtung sei auch wirksam, da die Hauptschuldnerin zweifelsfrei bezeichnet sei und sich die Bestimmbarkeit der Forderungen aus den Firmenbezeichnungen, namentlich der Kl. als Herstellerin und Lieferantin, der Schuldnerin als Käuferin und Vertreterin der Hallen ergebe, so dass die Bekl. als Bürgin auch für die Verbindlichkeit aus dem Wechsel vom 4. 9. 1981 hafte. Die Bürgschaftsverpflichtung sei nicht wirksam gemäß §§ 119 I, 121 I BGB angefochten.

1. Danach steht aufgrund der dem Trichter vorbehaltenen Würdigung unstrittiger Umstände fest:

Die Kl. durfte das Schreiben vom 8. 9. 1981 dahin auffassen, dass die Bekl. mit ihm eine selbstschuldnerische Bürgschaft bis 150 000 DM für die aus Lieferungen von Stahlhallen herrührenden Verbindlichkeiten der *S*, zu denen auch die Schuld aus dem von dieser Gesellschaft akzeptierten und nicht eingelösten Wechsel vom 4. 9. 1981 gehört, gegenüber der Kl. eingehen wollte. Die Kl. hat das Schreiben auch so verstanden und das in ihm erkannte Vertragsangebot angenommen. Insoweit erhebt die Revision keine Beanstandungen.

1. Wie sie jedoch zutreffend ausführt, ist nach der Unterstellung des Trichters für die Revisionsinstanz davon auszugehen, dass die Vertreter der Bekl. mit ihrem Schreiben vom 8. 9. 1981 nur eine tatsächliche Mitteilung machen wollten, also bei der Unterzeichnung und Absendung nicht den Willen, ja nicht einmal das Bewusstsein hatten, eine verbindliche rechtsgeschäftliche Erklärung abzugeben. Dann aber, so macht die Revision geltend, fehle es am Tatbestand einer Willenserklärung. Ihrer Beseitigung durch Anfechtung nach § 119 I BGB bedürfe es mithin nicht. Allenfalls ein nicht dargelegter Vertrauensschaden sei analog § 122 BGB zu ersetzen, wenn die Bekl. die mögliche Deutung ihres Verhaltens als Willenserklärung bei Anwendung pflichtgemäßer Sorgfalt hätte erkennen können. Der Angriff ist unbegründet.

a) Die Ansicht, dass das Erklärungsbewusstsein ein konstitutives Erfordernis der Willenserklärung sei, sein Fehlen also ohne Anfechtung Nichtigkeit zur Folge habe und allenfalls analog § 122 BGB oder aus culpa in contrahendo eine Haftung des Erklärenden auf Ersatz des Vertrauensschadens in Betracht komme, vertreten insbesondere *Enneccerus-Nipperdey*, BGB AT I/2, 15. Aufl., S. 901 ff.; *Lehmann-Hübner*, BGB AT, 15. Aufl., § 34 III 1 b; *H. Lange*, BGB AT, 12. Aufl., S. 229; *Fabricius*, JuS 1966, 8; *Wieacker*, JZ 1967, 389; *Thiele*, JZ 1969, 407; *Canaris*, Die Vertrauenshaftung im deutschen Privatrecht, 1971, S. 427 ff., 548 ff.; *ders.*, NJW 1974, 527, 528; *Frotz*, Verkehrsschutz im Vertretungsrecht, 1972, S. 469 ff.; *Staudinger-Dilcher*, BGB, 12. Aufl., vor § 116 Rn. 18, 27, 80, 83; vgl. auch *Schmidt-Salzer*, JR 1969, 282, 284, 288. Der Auffassung, dass die ohne jenes Bewusstsein abgegebene Erklärung, die ihr Empfänger als rechtsgeschäftliche verstehen durfte, zunächst wirksam sei, aber wie ein Erklärungsirrtum gemäß §§ 119 I, 120, 121 BGB angefochten werden könne, sind vor allem *Larenz*, Methode der Auslegung des Rechtsgeschäfts, S. 82 ff.; *ders.*, BGB AT, 6. Aufl., S. 343 ff.; *Flume*, BGB AT II, 3. Aufl., S. 449 f. (allerdings nicht für die konkludente Handlung); *Lange-Köhler*, BGB AT, 17. Aufl., S. 240 ff.; *Gudian*, AcP 169, 232 ff.; *Kellmann*, JuS 1971, 612 f.; *v. Craushaar*, AcP 174, 6 ff.; *Brox*, Die Einschränkung der Irrtumsanfechtung, 1960, S. 50 ff. und in: *Erman*, BGB, 7. Aufl., vor § 116 Rn. 3; *Kramer*, in: MünchKommBGB, vor § 116 Rn. 13, § 119 Rn. 78 ff.; *Soergel-Hefermehl*, BGB, 11. Aufl., vor § 116 Rn. 12–15; *Bydlinski*, eingehend in JZ 1975, 1.

Der *BGH* hat die Frage bisher nicht abschließend entschieden. Er hat sie in den Urteilen vom 20. 10. 1952 (NJW 1953, 58) und vom 11. 7. 1968 (NJW 1968, 2102) ausdrücklich offengelassen. Aus der Entscheidung vom 10. 5. 1968 (JR 1968, 420, 421) kann nicht eindeutig entnommen werden, dass der *BGH* das Erklärungsbewusstsein für konstitutiv halte. Dort ist aufgeführt, dass der Glaube an einen Rechtsübergang kraft Gesetzes den rechtsgeschäftlichen Willen *und* seine Erklärung nicht ersetzen könne. Dagegen nehmen das eine Gefälligkeitshandlung betreffende Urteil *BGHZ* 21, 102, 106 ff. = NJW 1956, 1313, und die Entscheidungen des *BAG* in NJW 1971, 1422, 1423 und in Betr 1973, 1129, 1130 an, dass es nicht auf den verborgengebliebenen inneren Willen des Erklärenden, sondern darauf ankomme, wie der Erklärungsgegner nach Treu und Glauben und unter Berücksichtigung aller Begleitumstände die Äußerung verstehen durfte. Im Urteil vom 14. 3. 1963 (NJW 1963, 1248) sieht der *BGH* anscheinend das Erklärungsbewusstsein als Voraussetzung einer Willenserklärung an, legt aber auch dar, dass derjenige, der durch schlüssiges Verhalten den Eindruck erweckt, er habe einen Geschäftswillen gehabt und geäußert, ohne ihn tatsächlich zu haben, sich nach § 242 BGB so behandeln lassen müsse, wie wenn er einen Geschäftswillen gehabt hätte. Nach dem Urteil des *BGH* vom 23. 2. 1976 (WM 1976, 448) ist die Unterzeichnung einer Handelsregisteranmeldung durch einen Gesellschafter für die übrigen Gesellschafter regelmäßig dahin zu verstehen, dass er

auch im Innenverhältnis billige, was er dort erklärt habe. Dabei sei die Frage, ob ein Rechtsbindungswille vorhanden ist, nicht nach dem verborgengebliebenen inneren Willen des erklärenden Gesellschafters, sondern danach zu beurteilen, ob sein Verhalten aus der Sicht des Mitgesellschafters nach Treu und Glauben mit Rücksicht auf die Verkehrssitte als Ausdruck eines bestimmten Willens erscheint. In diesem Urteil wird auch eine Anfechtung nach § 119 I BGB für möglich erachtet. Die dort entwickelten Grundsätze wurden allerdings bisher auf Erklärungen, die nicht die gesellschaftsrechtlichen Verhältnisse nach außen und innen zu verändern geeignet sind, soweit ersichtlich, nicht übertragen.

b) Der erkennende *Senat* ist von den Erwägungen des *II. Zivilsenats* ausgehend der Auffassung, dass es zur Wirksamkeit der Bürgschaftsverpflichtung nicht darauf ankommt, ob die Vertreter der Bekl. bei der Unterzeichnung und Absendung ihres Schreibens vom 8.9.1981 den Willen oder auch nur das Bewusstsein hatten, eine rechtsgeschäftliche Erklärung abzugeben. Dafür sind in Anlehnung an *Bydlinski* (JZ 1975, 1) und *Kramer* (in MünchKommBGB, § 119 Rn. 81 ff.) folgende Gründe maßgebend: In den §§ 116 ff. BGB ist der Begriff der Willenserklärung nicht definiert. Insbesondere aus dem Wortlaut des § 119 BGB kann nichts gegen die hier vertretene Ansicht hergeleitet werden. „Eine Erklärung dieses Inhalts“ hat nicht nur nicht abgeben wollen, wer sich einen anderen rechtsgeschäftlichen Inhalt vorgestellt hatte, sondern auch derjenige, der keine rechtsgeschäftliche Erklärung hatte abgeben wollen. Aus § 118 BGB ist nicht zu schließen, dass fehlendes Erklärungsbewusstsein (oder fehlender Geschäftswille) ohne Anfechtung immer zur Nichtigkeit führe. Will der Erklärende, wie in § 118 BGB vorausgesetzt, bewusst keine Bindung in der Erwartung, dass dies auch erkannt werde, so entspricht die Nichtigkeit seinem Willen; ihm braucht die Wahl, das Erklärte gegen *und für* sich gelten zu lassen oder nach § 119 BGB anzufechten, nicht eröffnet zu werden. Damit nicht zu vergleichen ist eine Erklärung ohne das Bewusstsein, dass sie als rechtsgeschäftliche verstanden wird. Sie steht der irrtümlichen, als rechtserheblich gewollten Erklärung sehr viel näher. Wer erklärt zu kaufen, sich aber Verkauf vorstellt, befindet sich in einer ganz ähnlichen Lage wie derjenige, der das für Kauf übliche Zeichen gibt, aber nicht an Kauf denkt. In beiden Fällen erscheint es angemessen, dem Erklärenden die Wahl zu lassen, ob er nach § 119 I BGB anfechten will und dann das Vertrauensinteresse nach § 122 BGB ersetzen muss oder ob er bei seiner Erklärung stehenbleiben will und dann eine etwaige Gegenleistung erhält, die ihn günstiger stellen könnte als seine einseitige Verpflichtung zum Ersatz des Vertrauensschadens.

Mit dieser Wahlmöglichkeit ist auch das Bedenken ausgeräumt, dass ohne Erklärungsbewusstsein keine privatautonome Gestaltung in Selbstbestimmung vorliege, die durch Selbstverantwortung allein nicht ersetzt werden könne. Das Recht der Willenserklärung baut nicht nur auf der Selbstbestimmung des Rechtsträgers auf; es schützt in §§ 119, 157 BGB das Vertrauen des Erklärungsempfängers und die Verkehrssicherheit, indem es den Erklärenden auch an nicht vorge-

stellte und, was dem gleichzuachten ist, an nicht bewusst in Geltung gesetzte Rechtsfolgen bindet. Die Befugnis des Erklärenden, der in beiden Fällen die tatsächlich in seiner Erklärung zum Ausdruck gebrachten Rechtsfolgen nicht gewollt hat, diese durch Anfechtung rückwirkend (§ 142 I BGB) zu vernichten oder gelten zu lassen, trägt dem Gedanken der Selbstbestimmung ausreichend Rechnung (so auch *Soergel-Hefermehl*, vor § 116 Rn. 12–15).

Eine Willenserklärung liegt bei fehlendem Erklärungsbewusstsein allerdings nur dann vor, wenn sie als solche dem Erklärenden zugerechnet werden kann. Das setzt voraus, dass dieser bei Anwendung der im Verkehr erforderlichen Sorgfalt hätte erkennen und vermeiden können, dass seine Erklärung oder sein Verhalten vom Empfänger nach Treu und Glauben und mit Rücksicht auf die Verkehrssitte als Willenserklärung aufgefasst werden durfte (so neben *Bydlinski* und *Kramer* insb. *Larenz*, *Methode . . .*, S. 82 ff., und *BGB AT*, S. 343 ff.; *Gudian*, *AcP* 169, 232 ff., und *Brox*, *Die Einschränkung . . .*, S. 50 ff., und in: *Erman*, vor § 116 Rn. 3; vgl. auch *BGHZ* 21, 102, 106 = *NJW* 1956, 1313; *Palandt-Heinrichs*, *BGB*, 43. Aufl., vor § 116 Anm. 4 b).

2. Die Revision rügt von diesem Rechtsstandpunkt aus weiter, das BerGer. habe keine Feststellungen getroffen, aus denen sich ergebe, dass die Vertreter der Bekl. die Deutung ihres Verhaltens als Willenserklärung bei pflichtgemäßer Sorgfalt hätten erkennen können. Diese Rüge greift nicht durch. Angesichts des Wortlauts des von den Vertretern der Bekl. verfassten Schreibens vom 8. 9. 1981, mit dem sie erstmals Verbindung zur Kl. aufnahmen, bedurfte es keiner Begründung durch den Tatrichter, dass sich den Repräsentanten der Bekl. die Erkenntnis hätte aufdrängen müssen, der Empfänger werde ihr Schreiben als verbindliches Angebot auf Abschluss eines Bürgschaftsvertrags verstehen; denn in der den Formerfordernissen des § 766 BGB genügenden Erklärung sind Gläubiger und Schuldner bezeichnet, die Verbindlichkeiten, die verbürgt werden sollen, ausreichend bestimmt und der Verbürgungswille objektiv zum Ausdruck gebracht. Jedenfalls eine Sparkasse oder Bank, die eine solche Erklärung einem Gläubiger ihres Kunden zugehen lässt, muss bei Anwendung der im Kreditgewerbe erforderlichen Sorgfalt damit rechnen, dass der Empfänger die Erklärung entsprechend ihrem Inhalt als Bürgschaftsverpflichtung auffassen werde. Dem steht nicht entgegen, dass die Bekl., wie die Revision in diesem Zusammenhang geltend macht, bei Bürgschaftsübernahme entsprechend der Verkehrssitte einen Vordruck verwende. Denn auch den vertretungsberechtigten Leitern einer Zweigstelle der bekl. Sparkasse muss bekannt sein, dass Willenserklärungen bindend nicht nur in Formularen abgegeben werden können, zumal ein Kaufmann (§ 1 II Nr. 4 HGB) eine Bürgschaft auch formfrei übernehmen kann (§ 350 HGB).

II. Die Entscheidung des BerGer., dass die Bekl. ihre Erklärung vom 8. 9. 1981 nicht wirksam angefochten habe, lässt entgegen den Angriffen der Revision keinen Rechtsfehler erkennen.

1. Das Schreiben der Bekl. vom 24. 9. 1981 erfüllt nicht die Voraussetzungen einer Anfechtungserklärung i. S. des § 143 I BGB. Anfechtungserklärung ist jede Willenserklärung, die unzweideutig erkennen lässt, dass das Rechtsgeschäft rückwirkend beseitigt werden soll. Es bedarf dabei nicht des ausdrücklichen Gebrauchs des Wortes „anfechten“. Es kann je nach den Umständen durchaus genügen, wenn eine nach dem objektiven Erklärungswert der Willensäußerung übernommene Verpflichtung bestritten oder nicht anerkannt oder wenn ihr widersprochen wird. In jedem Fall ist aber erforderlich, dass sich *unzweideutig* der Wille ergibt, das Geschäft gerade *wegen des Willensmangels* nicht bestehenlassen zu wollen (BGH, LM § 119 BGB Nr. 5; NJW 1972, 45 = Betr 1971, 2302; Betr 1975, 1075, jeweils mwN).

Davon ausgehend hebt das BerGer. zutreffend hervor, dass das Schreiben vom 24. 9. 1981 diesen Anforderungen nicht genügt, weil es keinerlei Hinweis auf einen Willensmangel enthalte. Unter Willensmangel versteht der Tatrichter zu Recht auch das Fehlen des Erklärungsbewusstseins. Die Revision meint dagegen, in dem Sonderfall, dass eine ohne Erklärungsbewusstsein vorgenommene Handlung angefochten werden solle, sei das Schreiben vom 24. 9. 1981 als Anfechtungserklärung ausreichend. Dem ist jedoch nicht so. Auch wenn der aus einer Äußerung in Anspruch Genommene ohne Erklärungsbewusstsein gehandelt hat, muss in der Anfechtung ein wie auch immer umschriebener Willensmangel wie in den anderen Fällen der Anfechtung wegen Irrtums erkennbar werden; denn der redliche Erklärungsempfänger hat ein schutzwürdiges Interesse daran, unverzüglich zu erfahren, ob der Gegner seine Erklärung wegen eines Willensmangels rückwirkend beseitigen will (vgl. dazu *Bydlinski*, JZ 1975, 5). Dass das Schreiben der Bekl. vom 24. 9. 1981 mehr als die bloße Verneinung der Übernahme der Bürgschaft zum Ausdruck gebracht habe, macht auch die Revision nicht geltend.

2. Das BerGer. nimmt an, dass die Bekl. mit ihrem Schreiben vom 6. 10. 1981 verspätet, nämlich nicht ohne schuldhaftes Zögern angefochten habe (§ 121 I BGB). Dies sei erst 15 Tage nach Kenntnis des Anfechtungsgrundes geschehen. Zwar sei in aller Regel dem Irrenden eine angemessene Überlegungsfrist zuzugestehen. Sie diene der vernünftigen Überlegung der Frage, ob der Irrende wirklich anfechten oder es bei der trotz Irrtums abgegebenen Erklärung bewenden lassen wolle. Da aber die Bekl. auf keinen Fall an der Bürgschaftsverpflichtung habe festhalten wollen, habe sie auch keine längere Frist zur Überlegung dafür gebraucht, ob sie anfechten wolle oder nicht. Mithin habe die Bekl. gezögert. Dieses Zögern sei zumindest fahrlässig gewesen. Die Bekl. habe ein Nichtverschulden nicht dargelegt und nicht bewiesen. Ihr Antwortschreiben vom 24. 9. 1981 zeige, dass ihre Überlegungen bis zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen gewesen seien. Demgegenüber wendet die Revision ein, der Bekl. sei eine längere Überlegungsfrist als vom BerGer. zugestanden einzuräumen, weil sie sich nicht bewusst gewesen sei, gegenüber der Kl. eine Bürgschaftsverpflichtung abgegeben zu haben. Es sei deshalb für sie erforderlich gewesen, die tatsächliche und recht-

liche Lage eingehend zu prüfen. Danach sei die Anfechtung im Schreiben vom 6. 10. 1981 noch rechtzeitig.

Die Rüge ist unbegründet. Die Bekl. hat in der Berufungsbegründung selbst vorgetragen, den Anfechtungsgrund durch das am 21. 9. 1981 eingegangene Schreiben der Kl. vom 17. 9. 1981 erkannt zu haben. Dementsprechend geht auch die Revision davon aus, dass die Bekl. durch dieses Schreiben Kenntnis vom Anfechtungsgrund erlangt, nämlich erfahren hat, dass entgegen ihrer Vorstellung die Kl. das Schreiben vom 8. 9. 1981 als Bürgschaftserklärung aufgefasst hatte und so auch verstehen durfte. Dann ist kein Grund ersichtlich, weshalb die Bekl., die ihre Überlegungen spätestens bei der Abfassung der Antwort vom 24. 9. 1981 abgeschlossen hatte, mit der Absendung der Anfechtungserklärung bis 6. 10. 1981 zugewartet hat. Unter diesen Umständen kann der Vorwurf des Tatrichters, die Bekl. habe fahrlässig gezögert, nicht beanstandet werden. Er hat die Anforderungen an eine unverzügliche Anfechtung nicht überspannt.

III. Nach allem hat die Bekl. als selbstschuldnerische Bürgin (§§ 765, 773 I Nr. 1 BGB) für die Schuld der S aus dem von dieser akzeptierten, aber nicht eingelösten und am 8. 12. 1981 zu Protest gegangenen Wechsel gegenüber der Kl. als Bürgschafts- und Wechselgläubigerin bis zum Betrag von 150 000 DM einzustehen. Die Bekl. ist mithin zur Zahlung dieser Summe nebst Prozesszinsen zu Recht verurteilt, die Revision deshalb unbegründet.

Anregungen zur Vertiefung:

1. Inwieweit ist der erläuternde Klammerzusatz im Leitsatz falsch?
 2. Welche vom *BGH* vernachlässigten Umstände sprechen dafür, dass die Klägerin das Schreiben der Sparkasse vom 8. 9. 1981 lediglich als Tatsachenmitteilung und nicht als Willenserklärung hätte auffassen dürfen?
- F 3. War der *BGH* insoweit wirklich durch die tatrichterlichen Feststellungen gebunden (vgl. § 559 ZPO), wie er unter I am Anfang betont?
4. Inwiefern spiegelt sich in dem Theorienstreit (*BGH* unter I 1 a) die Grundproblematik der „Willenserklärung“? Welche Folgerungen lassen sich insoweit aus §§ 116, 118, 119, 164 II BGB ziehen?
 5. Der *BGH* hält das Selbstbestimmungsrecht des Erklärenden (Privatautonomie!) für durch die Anfechtungsmöglichkeit (§§ 119, 121, 122 BGB) hinreichend gesichert. Aber, nützt dem Erklärenden ein solches Wahlrecht überhaupt etwas, oder hat nicht *Canaris* (NJW 1984, 2281) recht, der dem *BGH* Lebensfremdheit vorwirft?
 6. Unterstellt, die Bekl. hätte rechtzeitig angefochten, was wäre das von ihr gemäß § 122 BGB geschuldete negative Interesse?
- F 7. Ist es nicht widersprüchlich, wenn der *BGH* in dem Schreiben der Beklagten vom 8. 9. 1981 eine Willenserklärung, in dem vom 24. 9. 1981 dagegen keine Anfechtungserklärung sieht?
- F 8. Machen Sie sich die Vorteile und den Verfahrensgang beim Vorbehaltsurteil klar (§§ 599 f. ZPO, vgl. auch § 302 ZPO).

Nr. 2 – Freibleibendes Angebot

BGH JZ 1984, 681 = NJW 1984, 1885

Zur rechtlichen Bedeutung der in einem Angebot zur Bereitstellung eines Flugzeugs im Charterverkehr enthaltenen Klausel „freibleibend entsprechend unserer Verfügbarkeit“.

BGH, Urt. v. 8. 3. 1984 – VII ZR 177/82 (OLG Düsseldorf)

Zum Sachverhalt: Die Kl. – ein Touristikunternehmen –, die für eine in der Sommersaison 1979 geplante Flugstrecke ein Flugzeug chartern wollte, bat mit Fernschreiben vom 2. 8. 1978 die Firma L um Unterbreitung eines Angebots. Als Verkehrstag wünschte sie „möglichst Freitag oder Samstag oder Sonntag ist aber keine Bedingung“. Da die Firma L für die gewünschte Zeit keine Maschine zur Verfügung hatte, leitete sie das Fernschreiben an die Bekl. weiter. Die hiervon unterrichtete Kl. bat daraufhin die Bekl. mit Fernschreiben vom 4. 8. 1978 unter Bezugnahme auf das an die Firma L gerichtete Fernschreiben, „dieses Angebot . . . möglichst umgehend zu machen“. Die Bekl. antwortete mit Schreiben vom 4. 8. 1978 unter Bezugnahme auf das Fernschreiben der Kl. an die Firma L, sie biete „freibleibend entsprechend unserer Verfügbarkeit“ eine Caravelle SE 210 als Tagesflug zum Preis von 18 016 DM pro Flug einschließlich aller Nebenkosten, jedoch ohne Provision an. Mit Schreiben vom 11. 8. 1978 erwiderte die Kl., sie sei an dem Angebot interessiert und bitte, eine Caravelle SE 210 zu reservieren. Nachdem die Bekl. noch mit Fernschreiben vom 1. 9. 1978 die Kl. über die ihr erteilte Flugbetriebslaubnis unterrichtet hatte, teilte sie mit Fernschreiben vom 10. 10. 1978 mit, sie habe nach Abschluss ihrer Planung im Sommer 1979 „keine Verfügbarkeit“. Die Kl. musste daraufhin ein anderes Flugzeug mit mehr Plätzen chartern. Den ihr dadurch entstandenen Schaden von 120 000 DM machte sie mit der Klage geltend.

Das LG hat die Klage abgewiesen, das OLG hat sie dem Grunde nach für gerechtfertigt erklärt. Die Revision der Bekl. hatte keinen Erfolg.

Aus den Gründen: 1. Das BerGer. nimmt zutreffend an, dass das an die Kl. gerichtete Schreiben der Bekl. vom 4. 8. 1978 ein wirksames Angebot darstellt. Die Wirksamkeit dieses Angebots wird nicht durch die darin enthaltene Klausel „freibleibend entsprechend unserer Verfügbarkeit“ ausgeschlossen. Auch ist das Angebot nach seinem Inhalt – iVm dem in Bezug genommenen Fernschreiben der Kl. an die Firma L vom 2. 8. 1978 – hinreichend bestimmt.

a) Die rechtliche Bedeutung der in einem Angebot verwendeten Klausel „freibleibend“ ist umstritten. Das RG sah in einem „freibleibenden Angebot“ keinen Antrag iSv § 145 BGB, sondern die Aufforderung an den Gegner, seinerseits ein Vertragsangebot abzugeben. Nach Treu und Glauben hielt es allerdings den in dieser Weise Auffordernden für verpflichtet, sich über den in der Antwort auf ein „freibleibendes Angebot“ enthaltenden Antrag unverzüglich zu äußern. Kam der „freibleibend Anbietende“ dieser Antwortpflicht nicht nach, wurde in seinem Schweigen die Annahme des Angebots gesehen (vgl. RGZ 102, 227, 229 f.; 103, 312, 313; 105, 8, 12; RG JW 1921, 393; 1926, 2674, 2675). Diese Auffassung wurde damit begründet, dass der Annehmende mit der Klausel „freibleibend“

zum Ausdruck bringe, er lehne eine Bindung ab und behalte sich die Entscheidung über den Vertragsabschluss bis zum Eintreffen der Antwort des Erklärungsempfängers vor. Er müsse deshalb den Erklärungsempfänger unverzüglich davon in Kenntnis setzen, ob er von dem Vorbehalt, den Vertragsschluss abzulehnen, Gebrauch mache (vgl. *RGZ* 102, 227, 228 ff.). Das Schrifttum folgt teilweise der Rechtsprechung des *RG* und betrachtet das „freibleibende Angebot“ ebenfalls nur als Aufforderung zur Abgabe eines Angebots, das wiederum bei Schweigen des Auffordernden angenommen wird (*Ennecerus-Nipperdey*, BGB AT, 15. Aufl., S. 991 f.; Palandt-*Heinrichs*, BGB, 43. Aufl., § 145 Anm. 2 b; *Piper*, in: RGRK, 12. Aufl., § 145 Rn. 14; *Ratz*, in: Großkomm. HGB, § 346 Rn. 138; *Schlegelberger-Hefermehl*, HGB, 5. Aufl., § 346 Rn. 74; *Staudinger-Dilcher*, BGB, 12. Aufl., § 145 Rn. 20; *Staudinger-Schlosser*, § 10 Nr. 1 AGBG Rn. 22; vgl. auch *Dittmann-Stahl*, AGB, Rn. 293; *Erman-Hefermehl*, BGB, 7. Aufl., § 145 Rn. 15; *Löwe-Graf v. Westphalen-Trinkner*, AGB-Gesetz, 2. Aufl., § 10 Nr. 1 Rn. 8). Ein derartiges Angebot kann aber auch einen Antrag iSv § 145 BGB darstellen, der aufgrund des mit der Klausel erklärten Widerrufsverbahls *bis* zur Annahme durch den Gegner widerrufen werden kann (so *Erman-Hefermehl*, § 145 Rn. 15; Palandt-*Heinrichs*, § 145 Anm. 2 b; *Piper*, in: RGRK, § 145 Rn. 13; *Ratz*, in: Großkomm. HGB, § 346 Rn. 138; *Schlegelberger-Hefermehl*, § 346 Rn. 74; *Staudinger-Schlosser*, § 10 Nr. 1 AGBG Rn. 22; vgl. auch *Baumbach-Duden-Hopt*, HGB, 25. Aufl., § 346 Rn. 5; *Soergel-Lange-Hefermehl*, BGB, 11. Aufl., § 145 Rn. 9, 10). Eine andere Meinung sieht demgegenüber in dem „freibleibenden Angebot“ nicht nur eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots, sondern stets einen Antrag unter Ausschluss der Bindungswirkung, der auch *nach* Zugang der Annahmeerklärung noch unverzüglich widerrufen werden kann (*Flume*, BGB-AT II, 3. Aufl., § 35 I 3 c; *Kramer*, in: Münch-KommBGB, § 145 Rn. 6; *Larenz*, BGB-AT, 6. Aufl., § 27 I c; *Löwe-Graf von Westphalen-Trinkner*, § 10 Nr. 3 Rn. 35; *Medicus*, BGB AT, Rn. 366; vgl. auch *Erman-Hefermehl*, § 145 Rn. 15; *Baumbach-Duden-Hopt*, § 346 Rn. 5).

b) Der *BGH* hat zur rechtlichen Bedeutung der Klausel „freibleibend“ noch nicht abschließend Stellung genommen. In *BGH* NJW 1958, 1628, hat er lediglich (beiläufig) darauf hingewiesen, dass bei einer solchen Klausel der Verkäufer jede Gebundenheit ausschließen wolle. Er hat jedoch nicht entschieden, ob die mit einer solchen Klausel verknüpfte Erklärung lediglich eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots oder bereits selbst ein Angebot darstellt. Auch im vorliegenden Fall kann offenbleiben, ob ein „freibleibendes Angebot“ *stets* nur als Aufforderung zur Abgabe eines Angebots anzusehen ist. Denn die Erklärung der Bekl., sie biete „freibleibend entsprechend unserer Verfügbarkeit“ ein Flugzeug an, ist jedenfalls unter den gegebenen Umständen ein wirksames Angebot i. S. des § 145 BGB.

aa) Die Kl. hat sowohl mit dem an die Firma *L* gerichteten, der Bekl. jedoch zugeleiteten Fernschreiben vom 2. 8. 1978 als auch mit dem mittelbar an die Bekl.

gerichteten Fernschreiben vom 4. 8. 1978 die Bekl. gebeten, ein Angebot zu unterbreiten. Sie hat somit – worauf das BerGer. mit Recht hinweist – bei der Bekl. nicht nur informativ angefragt, sondern sie ausdrücklich zur Abgabe eines Angebots aufgefordert. Die im Schreiben der Bekl. vom 4. 8. 1978 enthaltene Antwort auf diese Aufforderung kann daher – auch wenn sie die Klausel „freibleibend“ enthält – nicht wiederum als Aufforderung zur Abgabe eines Angebots angesehen werden. Vielmehr ist diese Antwort „mehr als nur eine Aufforderung zur Offerte“ (*Flume*, § 35 I 3 c mwN). Denn die Kl. durfte auf ihre Anfrage von der Bekl. ein bestimmtes Angebot erwarten. Auch musste die Bekl. davon ausgehen, dass ihre Antwort, mit der sie eine bestimmte Leistung ausdrücklich „anbietet“, als Angebot verstanden wird. Bei dieser Sachlage kann die von der Bekl. verwendete Klausel „freibleibend entsprechend unserer Verfügbarkeit“ – wie das BerGer. zutreffend annimmt – nur als Widerrufsvorbehalt verstanden werden, mit der die Bekl. in zulässiger Weise die Gebundenheit an den Antrag ausgeschlossen hat (vgl. § 145 BGB). Für die Annahme einer bloßen Aufforderung zur Abgabe eines Angebots besteht unter diesen Umständen kein Anlaß. Einen anderweitigen Handelsbrauch hat das BerGer. nicht feststellen können.

2. Mit dem Schreiben vom 11. 8. 1978 hat die Kl. das Angebot der Bekl. angenommen. Zwar kann die von der Kl. in diesem Schreiben verwendete Formulierung, sie sei an dem Angebot „interessiert“, noch nicht als Annahme des Angebots gewertet werden. Mit der gleichzeitig geäußerten Bitte, die Bekl. möge das angebotene Flugzeug „reservieren“, brachte die Kl. jedoch eindeutig ihren Bindungswillen zum Ausdruck [. .].

3. Ob der von der Bekl. mit der Klausel „freibleibend entsprechend unserer Verfügbarkeit“ erklärte Widerrufsvorbehalt bereits – wie das BerGer. annimmt – mit dem Zustandekommen des Vertrags entfallen ist oder ob die Bekl. – wie die unter 1 a angeführte, im Schrifttum vertretene Auffassung meint – ihr Angebot auch noch nach Zugang der Annahmeerklärung hätte widerrufen können, kann offenbleiben. Denn die Bekl. lehnte die am 11. 8. 1978 von der Kl. erklärte Annahme ihres Angebots nicht unverzüglich nach Empfang dieser Annahmeerklärung ab. Sie teilte der Kl. vielmehr erst mit Fernschreiben vom 10. 10. 1978 mit, sie habe „keine Verfügbarkeit“. Zu diesem Zeitpunkt war ein Widerruf durch die Bekl. in keinem Fall mehr möglich.

4. Zwischen den Parteien ist somit – wie das BerGer. mit Recht annimmt – ein wirksamer Vertrag zustandegekommen.

Anregungen zur Vertiefung:

- F 1. Was ist und welchen Zweck hat ein Grundurteil? Vgl. § 304 ZPO und *Zeiss/Schreiber*, Zivilprozessrecht, 12. Aufl. 2014, Rn. 541 ff.
2. Welche der drei Auslegungsvarianten (unter 1 a) ist die für den „freibleibend“ Anbietenden günstigste? Warum wird in der dritten Variante „unverzüglicher“ (§ 121 I 1 BGB) Widerruf verlangt?

Entscheidungsverzeichnis

Aufgeführt sind nur die Entscheidungen der obersten Gerichte.
Die Zahlen bezeichnen die Nummer, unter der der Fall abgedruckt (**fett**) oder in
den Anmerkungen erwähnt ist.

EUGH

13.12.2001	ECLI:EU:C:2001:684 = Slg. 2001, I-9945 = NJW 2002, 281 – Heininger	44
4.6.2015	ECLI:EU:C:2015:357 = NJW 2015, 2237 = JZ 2015, 830 – Faber ..	41

BVerfG

3.10.1989	BVerfGE 81, 1 = NJW 1990, 175	88
6.4.1990	NJW 1991, 217	99
19.10.1993	E 89, 214 = NJW 1994, 36 = JZ 1994, 408	10
12.11.1997	E 96, 375 = NJW 1998,1519 = JZ 1998, 352	63
19.4.2005	E 112, 332 = NJW 2005, 1561 = JZ 2005, 1001	99
24.2.2015	E 138, 377 = NJW 2015, 1506 = JZ 2015, 620	91

RG

17.12.1911	RGZ 78, 239	36
21.9.1920	Z 100, 129	22
29.11.1921	Z 103, 177	23
5.4.1922	Z 104, 265	20
21.6.1927	Z 117, 287	13

BGH

27.11.1952	BGHZ 8, 130 = NJW1953, 419	69
3.3.1956	Z 20, 159 = NJW 1956, 788	75
22.6.	Z 21, 102 = NJW 1956, 1313	16
21.12.	Z 23, 61 = NJW 1957, 460	78
4.3.1957	Z 24, 21 = NJW 1957, 785	56
8.7.	Z 25, 124 = NJW 1957, 1356	46
18.11.	Z 26, 69 = NJW 1958, 341	65
9.12.1958	Z 29, 65 = NJW 1959, 479	60
30.4.1959	Z 30, 149 = NJW 1959, 1533	85
16.6.	Z 30, 203 = NJW 1959, 1772 = JZ 1959, 601	67
7.11.1960	Z 33, 247 = NJW 1961, 211	38
14.12.	Z 34, 32 = NJW 1961, 772 = JZ 1961, 377	7
21.12.	Z 34, 122 = NJW 1961, 499 = JZ 1961, 540	70
21.12.	Z 34, 153 = NJW 1961, 502	70

19.9.1961	Z 35, 363 = NJW 1961, 2059 = JZ 1962, 120	59
26.9.	NJW 1962, 31	36
31.1.1962	NJW 1962, 1196	20
20.6.	LM Nr. 19 zu § 932 BGB = WM 1962, 818	72
27.11.	Z 38, 270 = NJW 1963, 390 = JZ 1963, 547	49
24.6.1963	NJW 1963, 1870	20
26.6.	Z 40, 42 = NJW 1963, 1922	4
10.7.	Z 40, 91 = NJW 1963, 2071	37
31.10.	Z 40, 272 = NJW 1964, 399	55, 76, 77
4.2.1964	Z 41, 123 = NJW 1964, 720	60
25.6.	Z 42, 182 = NJW 1964, 2404 = JZ 1965, 60	98
29.1.1965	NJW 1965, 812	11
26.2.	Z 43, 174 = NJW 1965, 909	89
2.11.	NJW 1966, 105	23
29.11.	Z 44, 321 = NJW 1966, 540 = JZ 1966, 233	93
28.2.1966	NJW 1966, 1911	4
19.10.	Z 46, 117 = NJW 1967, 34	75
9.11.	Z 46, 198 = NJW 1967, 101	100
18.1.1967	Z 46, 338 = NJW 1967, 553	41
8.3.	NJW 1967, 1020	32
18.12.	Z 49, 197 = NJW 1968, 493	84
27.3.1968	Z 50, 45 = NJW 1968, 1382	74
9.7.	Z 50, 304 = NJW 1968, 1823 = JZ 1969, 517 29,	68
26.11.	Z 51, 91 = NJW 1969, 269	37, 56
28.11.	Z 51, 113 = NJW 1969, 415	76
27.3.1969	Z 52, 39 = NJW 1969, 1165	31
29.10.	Z 53, 29 = NJW 1970, 241	74
8.1.1970	Z 53, 144 = NJW 1970, 656 = JZ 1970, 416	53
31.3.	Z 53, 369 = NJW 1970, 1273 95,	99
15.5.	Z 54, 56 = NJW 1970, 1541 = JZ 1970, 782	82
9.7.	Z 54, 236 = NJW 1970, 2021	4
29.9.	Z 54, 283 = NJW 1971, 33 = JZ 1971, 62	67
21.12.	Z 55, 153 = NJW 1971, 886	60
7.1.1971	Z 55, 128 = NJW 1971, 609 = JZ 1971, 556	54
11.1.	Z 55, 176 = NJW 1971, 612	77
29.3.	Z 56, 47 = NJW 1971, 1265	97
6.5.	Z 56, 131 = NJW 1971, 1452	77
11.5.	Z 56, 163 = NJW 1971, 1883 = JZ 1972, 122	62
14.10.	Z 57, 137 = NJW 1972, 36 = JZ 1972, 438	53
16.2.1972	Z 58, 162 = NJW 1972, 904	61
9.3.	Z 58, 216 = NJW 1972, 942	31, 64
10.3.	Z 59, 286 = NJW 1973, 96	30
21.6.	Z 59, 210 = NJW 1973, 40	99
29.6.	Z 59, 97 = NJW 1972, 1802 = JZ 1973, 216	31
5.7.	Z 59, 343 = NJW 1973, 240	95, 99
30.11.	Z 60, 14 = NJW 1973, 318 = JZ 1973, 368	48
12.1.1973	NJW 1973, 613	80
16.3.	Z 60, 319 = NJW 1973, 1234	7
29.6.	NJW 1973, 1645	95
18.9.	Z 61, 213 = NJW 1973, 2022	67

14.3.1974	NJW 1974, 1132 = JZ 1975, 27	73
7.5.	NJW 1974, 1651	68
16.5.	NJW 1974, 1705	16
29.10.	Z 63, 189 = NJW 1975, 168 = JZ 1975, 374	61
30.10.	NJW 1975, 382	13, 100
3.12.	Z 63, 295 = NJW 1975, 640 = JZ 1975, 225	27
8.1.1975	Z 63, 365 = NJW 1975, 638	52
13.11.	NJW 1976, 565	22
26.11.	Z 66, 8 = NJW 1976, 749 = JZ 1976, 284	100
28.1.1976	Z 66, 51 = NJW 1976, 712 = JZ 1976, 776	20, 36
23.3.	Z 66, 239 = NJW 1976, 1396	27
2.6.	Z 66, 378 = NJW 1976, 1395	11
8.6.	Z 66, 388 = NJW 1976, 1740	60
6.7.	Z 67, 119 = NJW 1976, 1883 = JZ 1977, 173	29
21.3.1977	Z 68, 204 = NJW 1977, 1233 = JZ 1977, 555	8
4.5.	Z 68, 323 = NJW 1977, 1240 = JZ 1977, 512	70
12.7.	NJW 1977, 2208 = JZ 1977, 721	60
12.7.	NJW 1977, 2259 = JZ 1977, 755	24
10.1.1978	Z 70, 199 = NJW 1978, 812 = JZ 1978, 274	30
28.6.	Z 72, 85 = NJW 1978, 1855 = JZ 1978, 644	98
5.7.	NJW 1978, 2241	58
7.11.	Z 72, 355 = NJW 1979, 544 = JZ 1979, 187	66
19.12.	Z 73, 109 = NJW 1979, 760	62
10.1.1979	NJW 1979, 714 = JZ 1979, 189	72
31.1.	Z 73, 253 = NJW 1979, 976	72
11.5.	NJW 1979, 1983 = JZ 1979, 527	20
18.5.	Z 74, 293 = NJW 1979, 2150	80
25.5.	NJW 1979, 2037	74
23.2.	NJW 1979, 2306	13
11.10.	Z 75, 203 = NJW 1980, 178 = JZ 1980, 141	77
6.11.	Z 75, 230 = NJW 1980, 119 = JZ 1980, 99	30
18.6.1980	Z 77, 274 = NJW 1980, 2245 = JZ 1980, 572	76
25.6.	Z 77, 293 = NJW 1980, 2350 = JZ 1980, 685	89
9.7.	Z 78, 28 = NJW 1981, 109 = JZ 1980, 809	15
22.10.	NJW 1981, 226	70
31.10.	NJW 1981, 446 = JZ 1981, 63	81
28.1.1981	Z 79, 281 = NJW 1981, 922	21
20.3.	NJW 1981, 1551	22
27.3.	Z 80, 228 = NJW 1981, 1554 = JZ 1981, 591	79
20.5.	NJW 1981, 2183	91
16.9.	Z 181, 298 = NJW 1982, 105	45
26.11.	Z 82, 227 = NJW 1982, 1093 = JZ 1982, 255	90
22.3.1982	NJW 1982, 2371 = JZ 1982, 683	73
30.4.	Z 83, 395 = NJW 1982, 1639 = JZ 1982, 600	84
4.6.	NJW 1983, 275	7
15.6.	NJW 1982, 2307 = JZ 1982, 726	66
13.10.	NJW 1983, 117	91
2.12.	NJW 1983, 1420	52
8.12.	Z 86, 41 = NJW 1983, 672 = JZ 1983, 709	94
11.1.1983	Z 86, 212 = NJW 1983, 1107 = JZ 1983, 390	28

18.1.	NJW 1983, 812 = JZ 1983, 497	58
18.1.	Z 86, 240 = NJW 1983, 1371	63
18.1.	Z 86, 256 = NJW 1983, 810 = JZ 1983, 499	58
20.1.	Z 86, 273 = NJW 1983, 1308 = JZ 1983, 389	14
24.3.	Z 87, 145 = NJW 1983, 1611 = JZ 1983, 611	90
25.3.	Z 87, 150 = NJW 1983, 1610 = JZ 1983, 759	5
21.10.	Z 88, 344 = NJW 1984, 729 = JZ 1984, 848	71
30.11.	Z 89, 126 = NJW 1984, 429	40
6.12.	NJW 1984, 977	68
24.1.1984	Z 89, 383 = NJW 1984, 1226 = JZ 1984, 521	66
2.3.	Z 90, 255 = NJW 1984, 2207	71
8.3.	NJW 1984, 1885 = JZ 1984, 681	2
7.6.	Z 91, 324 = NJW 1984, 2279 = JZ 1984, 984	1
10.7.	Z 92, 85 = NJW 1984, 2282 = JZ 1985, 39	27
18.9.	Z 92, 143 = NJW 1985, 47 = JZ 1984, 1106	71
10.10.	Z 92, 270 = NJW 1985, 492 = JZ 1985, 390	49
20.11.	Z 93, 23 = NJW 1985, 794 = JZ 1985, 383	19
17.1.1985	Z 93, 271 = NJW 1985, 1457 = JZ 1985, 574	35
5.2.	Z 93, 351 = NJW 1985, 1390 = JZ 1985, 538	62
13.2.	Z 94, 1 = NJW 1985, 1394 = JZ 1985, 680	88
20.3.	NJW 1985, 1838	85
23.4.	Z 94, 173 = NJW 1985, 2261 = JZ 1985, 801	31
24.4.	Z 94, 180 = NJW 1985, 1547	45
3.5.	Z 94, 257 = NJW 1985, 2524	23
14.5.	NJW 1985, 2420	58
21.6.	NJW 1985, 2640	45
12.7.	Z 95, 307 = NJW 1985, 2823 = JZ 1986, 145	82
6.11.	Z 96, 198 = NJW-RR1986, 493	96
14.1.1986	Z 97, 14 = NJW 1986, 1538 = JZ 1986, 638	27
19.2.	Z 97, 135 = NJW 1986, 1744	45
5.3.	NJW 1986, 1689 = JZ 1986, 554	91
20.3.	Z 97, 255 = NJW 1986, 1748 = JZ 1986, 758	48
17.4.	Z 97, 372 = NJW 1986, 2043 = JZ 1986, 1008	63
9.7.	Z 98, 212 = NJW 1987, 50 = JZ 1987, 306	28
8.10.	Z 98, 303 = NJW 1987, 487	85
12.11.	Z 99, 101 = NJW 1987, 639	20
12.11.	NJW 1987, 838 = JZ 1987, 365	79
9.12.	Z 99, 167 = NJW 1987, 1009	56
20.3.1987	NJW 1987, 2511	21
20.5.	Z 101, 65 = NJW 1987, 2814	90
16.6.	NJW 1987, 2510 = JZ 1987, 1087	38
24.6.	Z 101, 186 = NJW1987, 2812 = JZ 1988, 357	97
30.6.	Z 101, 215 = NJW1987, 2915 = JZ 1988, 150	61
14.7.	Z 101, 307 = NJW1987, 2818 = JZ 1987, 1124	70
16.11.	NJW 1988, 1199	4
2.12.	Z 102, 289 = NJW1988, 821	99
13.1.1988	NJW 1988, 1208	87
20.1.	Z 103, 101 = NJW1988, 1204 = JZ 1988, 665	69
24.2.	Z 103, 275 = NJW1988, 1378 = JZ 1988, 920	21
25.2.	Z 103, 298 = NJW1988, 1380 = JZ 1988, 661	48

29.1.	NJW 1988, 2364	80
1.3.	Z 103, 338 = NJW1988, 2667 = JZ 1989, 45	64
29.3.	Z 104, 113 = NJW1988, 1783 = JZ 1988, 765	68
7.6.	Z 104, 323 = NJW1988, 2611 = JZ 1988, 966	57
8.6.	NJW 1988, 2597 = JZ 1989, 41	7
14.7.	Z 105, 154 = NJW1988, 2730	79
4.10.	Z 105, 243 = NJW1989, 289	23
18.10.	NJW-RR 1989, 219 = JZ 1989, 249	64
2.11.	Z 105, 365 = NJW1989, 900	55
30.11.	NJW-RR 1989, 651	72
12.1.1989	Z 106, 253 = NJW1989, 1609 = JZ 1989, 451	89
1.2.	Z 106, 341 = NJW1989, 1479	46
28.2.	Z 107, 92 = NJW 1989, 1276 = JZ 1989, 741	10
4.4.	NJW 1989, 2317	62
6.6.	Z 107, 359 = NJW1989, 2616 = JZ 1989, 1069	65
8.6.	NJW 1989, 2542	72
21.6.	Z 108, 73 = NJW 1989, 2389	95
29.6.	Z 108, 179 = NJW1989, 2530	34
19.9.	Z 108, 305 = NJW1989, 3273 = JZ 1990, 189	60
25.10.	Z 109, 139 = NJW1990, 314	45
29.11.	Z 109, 240 = NJW1990, 716 = JZ 1990, 490	85
12.3.1990	Z 110, 323 = NJW1990, 2877 = JZ 1991, 192	24
20.6.	Z 111, 382 = NJW1990, 3194	17
3.7.	NJW 1990, 2885	61
9.7.	NJW-RR 1991, 343	76
11.7.	Z 112, 122 = NJW1990, 2550 = JZ 1991, 95	46
19.2.1991	NJW 1991, 2340	37
13.3.	NJW 1991, 1739	89
13.3.	Z 114, 74 = NJW 1991, 2283 = JZ 1992, 217	88
29.5.	NJW 1991, 2763	46
2.7.	Z 115, 84 = NJW 1991, 2586 = JZ 1992, 95	65
9.10.	NJW 1992, 310	52
15.10.	Z 115, 364 = NJW1992, 302	27
12.11.	Z 116, 60 = NJW 1992, 560 = JZ 1992, 633	56
19.11.	Z 116, 104 = NJW1992, 1039 = JZ 1993, 671	56
27.11.	Z 116, 167 = NJW 1992, 564	95
27.11.	Z 116, 184 = NJW1992, 909 = JZ 1992, 586	88
12.2.1992	Z 117, 200 = NJW1992, 1156	85
12.3.	NJW 1992, 1446	32
9.6.	NJW 1992, 2474	19
28.1.1993	Z 121, 224 = NJW1993, 1126 = JZ 1993, 1005	32
30.9.	NJW 1993, 3196	49
7.12.	NJW 1994, 517 = JZ 1994, 574	58
25.2.1994	Z 125, 218 = NJW1994, 1344 = JZ 1995, 97	13
30.3.	Z 125, 355 = NJW1994, 1785	89
4.5.	Z 126, 105 = NJW1994, 2021 = JZ 1994, 1024	53
6.6.	Z 126, 181 = NJW1994, 2220	21
13.7.	Z 127, 48 = NJW 1994, 2545	92
7.10.	Z 127, 168 = NJW1994, 3346	84
25.10.	Z 127, 239 = NJW1995, 250	100

15.11.	Z 128, 1 = NJW 1995, 861 = JZ 1995, 360	59
17.1.1995	Z 128, 295 = NJW1995, 1085 = JZ 1995, 677	86
9.5.	Z 129, 353 = NJW1995, 2162 = JZ 1995, 1060	57
27.6.	NJW 1995, 2407	63
29.9.	NJW 1996, 52 = JZ 1996, 366	78
23.11.	NJW 1996, 1911	4
13.12.	Z 131, 297 = NJW1996, 838	50
31.1.1996	NJW 1996, 1205	4
2.2.	Z 132, 30 = NJW 1996, 1339 = JZ 1996, 731	4
29.2.	Z 132, 119 = NJW1996, 1467 = JZ 1997, 305	13
12.3.	Z 132, 164 = NJW1996, 1533 = JZ 1996, 1178	61
30.4.	NJW 1996, 2425 = JZ 1996, 1080	59
2.7.	Z 133, 168 = NJW1996, 2927 = JZ 1997, 358	38
10.10.	NJW 1997, 52	10
27.11.1997	Z 137, 212 = NJW1998, 671 = JZ 1998, 456	86
31.3.1998	Z 138, 230 = NJW1998, 1942 = JZ 1999, 97	58
11.6.1999	Z 142, 66 = NJW 1999, 2896	71
3.11.	Z 143, 103 = NJW 2000, 1110	12
26.5.2000	Z 144, 331 = NJW 2000, 3127	6
19.1.2001	Z 146, 298 = NJW2001, 1127 = JZ 2001, 1135	9
6.4.	NJW 2001, 2875	20
4.5.	Z 147, 320 = NJW 2001, 2250	27
14.9.	Z 149, 1 = NJW 2002, 213	81
7.11.	Z 149, 129 = NJW2002, 363 = JZ 2002, 504	3
16.1.2002	Z 149, 363 = NJW 2002, 1126 = JZ 2002, 893	96
19.2.	NJW 2002, 1489	63
14.5.	Z 151, 34 = NJW 2002, 2228	10
10.12.	NJW 2003, 1040	60
16.7.2003	NJW 2003, 3341	18
13.11.	Z 156, 394 = NJW 2004, 513	50
26.11.	Z 157, 79 = NJW 2004, 767 = JZ 2004, 518	100
12.12.	Z 157, 188 = NJW 2004, 775	71
20.4.2004	Z 159, 1 = NJW 2004, 3035	36
3.11.	NJW 2005, 53 = JZ 2005, 464	3
25.11.	Z 161, 270 = NJW 2005, 415 = JZ 2006, 147	15
11.1.2005	Z 161, 389 = NJW 2005, 1047 = JZ 2005, 731	48
26.1.	NJW 2005, 1039	41
15.2.	Z 162, 161 = NJW 2005, 1108	27
23.2.	Z 162, 219 = NJW 2005, 1348 = JZ 2005, 571	40
20.7.	Z 163, 381 = NJW 2005, 2848	26
21.9.	Z 164, 133 = NJW 2006, 138	11
21.12.	NJW 2006, 1066	45
7.6.2006	Z 168, 64 = NJW 2006, 2839 = JZ 2007, 98	39
26.10.	Z 169, 340 = NJW 2007, 689 = JZ 2007, 475	59
15.11.	Z 170, 31 = NJW 2007, 674 = JZ 2007, 789	12
22.11.	Z 170, 67 = NJW 2007, 759	12
6.3.2007	Z 171, 275 = NJW 2007, 1977	59
29.6.	Z 173, 71 = NJW 2007, 3204	83
25.10.	Z 174, 77 = NJW 2008, 50	23
16.1.2008	NJW 2008, 1216	40

20.2.	Z 175, 286 = NJW 2008, 2028	42
13.3.	NJW 2008, 1942 = JZ 2009, 363	8
29.4.	Z 176, 234 = NJW 2008, 2331	55
9.7.	Z 177, 193 = NJW 2008, 3277 = JZ 2009, 413	93
15.7.	Z 177, 224 = NJW 2008, 2837	41
19.11.	Z 178, 355 = NJW 2009, 1068	25
10.3.2009	Z 180, 123 = NJW 2009, 3572 = JZ 2009, 1114	44
27.3.	NJW 2009, 2120 = JZ 2009, 1171	7
27.5.	Z 181, 188 = NJW 2009, 2590	51
5.6.	Z 181, 233 = NJW 2009, 2530	38
16.6.	NJW 2009, 2671	10
12.8.	NJW-RR 2009, 1522	50
25.11.	Z 183, 235 = NJW 2010, 610 = JZ 2010, 313	43
7.2.2010	Z 187, 379 = NJW 2011, 996	65
15.4.	NJW 2010, 2868	25
21.7.	NJW 2010, 2884	92
30.9.	Z 187, 119 = NJW 2010, 3643 = JZ 2011, 157	15
19.1.2011	Z 188, 96 = NJW 2011, 1586	96
4.5.	NJW 2011, 2871	2
13.7.	NJW 2011, 3435 = JZ 2012, 147	12
19.7.	Z 190, 281 = NJW 2011, 3082	96
25.10.2012	Z 195, 207 = NJW 2013, 2027	12
24.1.2013	Z 196, 101 = NJW 2013, 1072 = JZ 2013, 894	28
20.2.	Z 196, 207 = NJW 2013, 2108	91
21.1.2014	Z 199, 377 = NJW 2014, 1182	65
18.2.	Z 200, 188 = NJW 2014, 2577	38
20.2.	Z 200, 203 = NJW 2014, 1374 = JZ 2015, 100	28
10.4.	Z 201, 1 = NJW 2014, 1805	8
4.7.	NJW 2014, 3727	38
21.4.2015	Z 205, 90 = NJW 2015, 2497	17
6.5.	NJW 2015, 2111	41
11.6.	Z 206, 69 = NJW 2015, 2406	8
16.6.	Z 205, 377 = NJW 2015, 3093	55
23.7.	Z 206, 254 = NJW 2015, 2880	16
6.11.	Z 207, 349 = NJW 2016, 1815 = JZ 2016, 1008	39
4.12.	Z 208, 133 = NJW 2016, 2104	23, 81
8.12.	Z 208, 140 = NJW 2016, 1162	38
11.3.2016	NJW 2016, 2407	38
18.3.	Z 209, 270 = NJW 2016, 3235	23
26.4.	NJW-RR 2017, 272	19
24.8.	Z 211, 331 = NJW 2017, 468 = JZ 2017, 176	3
11.10.	Z 212, 207 = NJW 2017, 243	33
12.10.	Z 212, 224 = NJW 2017, 1093 = JZ 2017, 570	41
12.10.	Z 212, 248 = NJW 2017, 878	43
26.10.	NJW 2017, 1100	23
19.1.2017	Z 213, 349 = NJW 2017, 1604	47
17.3.	NJW-RR 2017, 818	70
23.5.	Z = NJW 2017, 3004 = JZ 2018, 42	59
27.9.	NJW 2018, 146	39
10.10.	NJW 2018, 223	33

22.11.	NJW 2018, 537	17
6.12.	Z = NJW 2018, 1083	70
23.1.2018	NJW 2018, 1393	28
31.1.	NJW 2018, 1079 = JZ 2018, 517	55
22.2.	Z = NJW 2018, 1463 = JZ 2018, 671	27
 BAG		
5.8.1963	NJW 1963, 2188	92
8.11.1988	NJW 1989, 1881	60

Gesetzesverzeichnis

Fette Zahlen bezeichnen die Paragraphen, die folgenden Zahlen die Nummern der Entscheidungen.

BGB	
§ 30:	24
§ 31:	24
34:	97
90a:	12
93:	75
104:	9
105:	83
107:	15
116 ff.:	1
117:	6, 82
118:	6
119:	1, 5, 17
121 f.:	1
122:	6
123:	7, 39
125:	11, 84, 94
128:	5
130:	100
133:	94
134:	8
138:	9, 10, 20, 29, 52, 77, 80, 85, 95–97
140:	43, 90
143:	1
145:	2, 3
151:	100
156:	3
164:	88
166:	4, 17
167:	13
168:	100
179:	14
181:	13, 15, 97
195:	12
218:	12
237:	86
242:	10, 11, 22, 31, 45, 53, 62, 78, 84, 90, 91
243:	18
249:	27, 29, 30, 37, 56
251:	27
252:	28, 29
253:	27, 28, 63, 67
254:	20, 52, 53, 61, 62, 64, 67
262:	40
267:	17
269:	18
270:	18
271:	33
273:	23
275:	25, 39
277:	64, 87
278:	24, 64
280:	34, 41, 91
281:	26, 47
284:	26
286:	23
294:	23
304:	23
305 b:	11
305 c:	88
306:	86
307:	12, 45, 51, 85, 86
309:	12, 45
310:	45
311:	16, 21
311a:	8
311b:	5, 10, 13, 82, 84
312g:	44
313:	22, 92, 93
320:	23, 35, 81
326:	18, 40
328:	35, 36, 56, 100
331:	100
334:	35
346:	12, 25, 42, 43, 53

347:	26	647:	70
348:	26, 42	651a:	35
351:	33	651c ff.:	48
355:	43	656:	46
356:	44	662:	16
356b:	33	670:	16
357:	33, 43	671 f.:	100
358:	44	675j:	55
362:	17	675u:	55
363:	41	677, 683:	16, 49–51, 54
372 ff.:	85	688:	38
387:	17	700:	17
398:	85	745:	97
399:	76	747:	83
401:	34, 79	762:	3
412:	79	765 ff.:	1, 10, 32
425:	32	766:	13
426:	31, 34, 79	774:	31
433:	18, 23	776:	31
434:	7, 39	812:	20, 54, 55, 73, 76, 90, 92, 93
437:	26, 39, 40	812 ff.:	53, 54
438:	12	816:	73
439:	18, 23, 39, 40	817:	8, 52
442:	7	818:	9, 17, 51, 53–55, 77
444:	39	819:	9, 53, 54
446:	18	823:	19, 53, 56–65, 71, 76, 91
447:	18	826:	52, 91
449:	85	828:	54
475:	12, 18	830:	66
476:	12	831:	24, 53, 56
477:	41	833:	19, 50
491:	33	839:	38
494:	11, 44	840:	64, 67
495:	33, 44	842:	29
516 ff.:	72, 90, 92, 100	844:	62, 68
521:	19	846:	62
524:	19	852:	81
528 f.:	96	854:	69, 72
530:	93	855:	72
536:	45	873:	80
539:	51	883:	81, 82
562:	85	888:	82
599:	19	892:	83
611:	46	893:	81
633 ff.:	31	894:	80, 81
634:	47	906:	71, 82
635:	46, 47	925:	84
637:	40, 47	929:	72, 73
640:	23, 47	930:	72
645:	46	931 ff.:	77

932:	73	2305:	98
933 f.:	74	2306:	96
946 ff.:	77	2307:	98
946:	76, 78	2325:	99
947:	75	2329:	99
950:	75	2346:	96
951:	76–78		
965:	69	AEUV	
985 f.:	70	Art. 288:	41
987 ff.:	70, 77		
993:	77	EMRK	
994 ff.:	70	Art. 8:	59
1000:	70	Art. 10:	59
1001:	78		
1003:	70	GG	
1004:	82	Art. 5:	59
1018:	80	Art. 6:	96
1090:	80	Art. 34:	38
1143:	34		
1191:	79	GmbHG	
1192:	79	§ 64:	21
1225:	34		
1353:	87	HGB	
1357:	88	§ 1:	3
1359:	87	346:	4
1360 f.:	88	349 f.:	32
1365 f.:	89	354a:	76
1371:	98	421:	37
1372 ff.:	90		
1371:	98	KUG	
1374:	92	§§ 22 f.:	59
1380:	90		
1381:	91	PfIVG	65
1384:	92		
1600d:	91	PHG	56–58
1607:	91		
1629:	97	SGB XII	
1664:	64	§ 93:	96
1795:	47, 97		
1903:	17	StVG	
1931:	98	§ 7:	38, 49, 65
1933:	89	18:	65
2038:	97		
2048:	94	UmweltHG	71
2084:	94		
2113:	81		
2169:	94		
2214:	96		
2287:	95		
2301:	100		

VVG
§ 115: 65

ZPO
§ 286: 41

WEG
§ 10: 83

Stichwortverzeichnis

Die Zahlen bezeichnen die Nummern der abgedruckten Entscheidungen

- abgestuftes Schutzkonzept 59
- Abnahme
 - beim Kaufvertrag 23
 - beim Werkvertrag 47
- Abschleppfälle 38
- Abstraktionsprinzip 9, 15, 80
- Abtretung
 - von Gewährleistungsansprüchen 45
- Abtretungsverbot 76
- Adäquanz, s. Kausalität
- AGB 12, 51, 86
- allgemeines Lebensrisiko 62, 65
- alternative Verursachung 66
- Anfechtung
 - Ausschluss durch Gewährleistungsrecht 7
 - wegen arglistiger Täuschung 7, 20, 39, 53
 - wegen Eigenschaftsirrturns 22
 - wegen Erklärungsirrturns 1
- Angebot 3
 - freibleibendes 2
- Annahmeverzug 23, 26
- Anscheinsbeweis 9
- Anscheinsvollmacht 14
- Anwaltshaftung 48
- Anwartschaftsrecht
 - bei Verarbeitung von Eigentumsvorbehaltsware 75
 - des Auflassungsberechtigten 84
 - des Sicherungsgebers 42
 - des Vorbehaltskäufers 74
- Anweisung 55
- Äquivalenzstörung 22
- Architektenvertrag 31
- Arglisteinwand 11
- Arztvertrag 63
- aufgedrängte Bereicherung 78
- Aufhebungsvertrag 11, 84
- Aufklärungspflicht 21, 39
- Auflassungsanspruch 6
- Auflassungsvollmacht 13
- Auflassungsvormerkung 81, 82, 84
 - gutgläubiger Erwerb b 81
- Aufrechnung 12, 17, 20, 44
- Auftrag
 - Widerruf 100
- Aufwendungersatz 16, 26
- Ausgleichsansprüche
 - unter Sicherungsgebern 34
- Auskunftsanspruch 91
- Auslegung 5, 7
 - von EU-Recht 41, 43
 - eines Testaments 94
- Autokauf 26
- Befundsicherungspflicht 57
- Behindertentestament 96
- Berliner Testament 96
- Beschaffenheitsvereinbarung 39
- Beschlagnahme 7
- Beseitigungsanspruch 78
- Besitz
 - Mitbesitz 72
 - mittelbarer Nebenbesitz 74
- Besitzdiener 72
- Besitzerwerb (longa manu) 72
 - Wille 69
- Besitzmittlungsverhältnis 74
- Betreuung 17
- Betriebsgefahr 65
- Beweislast 14, 20, 57
- Beweislastumkehr
 - Produzentenhaftung 56
 - zu Lasten des Emittenten 71
- Beweismaß 41
- Bierbezugsvertrag 12, 80
- Bösgläubigkeit 76

- Bundesimmissionsschutzgesetz 71
 Bürgschaft 10, 32– 34

 Chartervertrag 35
 condictio ob rem 92, 93
 culpa in contrahendo 21, 24, 36
 – bei fahrlässiger Täuschung 20

 Darlehensvertrag 10, 44
 – Aufhebungsentgelt 33
 Dauerschuldverhältnis 23
 Deckungsgrenze 86
 Dienstbarkeit 80
 Dienstvertrag 46
 Differenzhypothese
 – normativer Schaden 28, 54
 diligentia quam in suis 16, 64
 DIN-Normen 64
 Doppelwirkungen im Recht 33
 Drittschadensliquidation 37, 38, 56
 Duldungsvollmacht 14

 Ehe
 – als Schuldverhältnis 91
 Ehegatten
 – Geschäfte des täglichen Lebens 88
 – unbenannte Zuwendungen s. dort
 Ehevertrag 83
 Eigenschaft 7
 Eigentümer-Besitzer-Verhältnis
 – Anspruchskonkurrenz 77
 Eigentumserwerb an beweglichen Sachen
 72
 Eigentumsvorbehalt
 – bei Verarbeitung der Sache 75
 – erweiterter 85
 – in AGB 85
 – verlängerter 76, 85
 Einmannengesellschaft 21
 Einrede
 – des nicht erfüllten Vertrages 35
 – nach Erlöschen der Sicherungsgrund-
 schuld 79
 Einwilligungsvorbehalt 17
 elektive Konkurrenz 40
 elterliche Sorge 64
 Empfängnisverhütung 63
 Empfangszuständigkeit 17
 EMRK 59
 entgangener Gewinn 28, 29

 Erbgemeinschaft 97
 Erbschaftskauf 9
 Erbschein 94
 Erbvertrag 95
 Erfüllung 17
 Erfüllungsanspruch 8, 47
 Erfüllungsgehilfe 24
 Erfüllungsort 18
 Ergänzungspflegschaft 15
 Erinnerung 15
 Erklärungsbewusstsein 1
 Erkundigungspflicht 76
 Erledigterklärung 55
 Ersatzlieferung 39
 Ersetzungsbefugnis 42
 Erwerbsverbot 13
 Exkulpation 24, 50

 falsa demonstratio 5
 falsus procurator 14
 Familiengemeinschaft 64
 Familienlastenausgleich 96
 Fangprämie 30
 Fernabsatz 43
 Feuerwehr 48
 finanziert Kauf 44
 Folgeschaden 66
 Forderungsübergang (s. Legalzession)
 – bei Ablösung einer Grundschuld 79
 Form
 – Funktionen 5
 – Grundstückskauf 84
 – Stellvertretung 13
 – Verfügung von Todes wegen 100
 Formnichtigkeit 11, 84
 – Heilung 82
 Franchising 20
 Freigabeanspruch 85, 86
 Fremdgrundschuld 79
 Fund 69

 Garantiehaftung 38
 Garantievertrag 32
 Gattungsschuld 18
 gebrauchte Sachen 12
 Gebrauchtwagen 39, 42
 Gefährdungshaftung 50, 56, 57, 65
 Gefahrentlastung 37
 Gefälligkeit 16
 Geheißerwerb 73

- Geldersatz 27
- Geliebtestament 95
- geltungserhaltende Reduktion 12, 86
- gemeinschaftliches Testament 95
- gemischter Vertrag 17
- Gesamtschau und Einzelabwägung 66
- Gesamtschuld 34, 35, 67
 - Abwicklung bei Ablösung einer Grundschuld 79
 - aus Delikt 64
 - bei alternativer Kausalität 66
 - gestörtes Gesamtschuldverhältnis 31, 64
- geschäftsähnliche Handlung 17
- Geschäftsgrundlage 22, 45, 90, 92, 93
- Geschäftsführung ohne Auftrag, s. GoA
- Geschäftsunfähigkeit 17, 83
- Geschäftswille 1
- Gesellschaft mit beschränkter Haftung 21
- Gesellschaft bürgerlichen Rechts 93
- Gesetzesauslegung 5, 99
- gesetzlicher Forderungsübergang, s. Legalzession
- Gestaltungsrecht 39
- Gewährleistung (s. auch Sachmängelhaftung)
 - beim Leasingvertrag 45
 - beim Reisevertrag 48
- Gewerbebetriebe b 60
- Globalsicherungen 85, 86
- GoA 8, 40
 - auch fremdes Geschäft 16, 50, 51, 54
 - Fremdgeschäftsführungswille 49
 - mutmaßlicher Wille des Geschäftsherrn 54
- grobe Fahrlässigkeit 52
- Großer Senat 28
- Grundrechte 10
- Grundschuld 79
- Güterstand 83
- gutgläubiger Erwerb b 83
 - beweglicher Sachen 74
 - maßgeblicher Zeitpunkt für Gutgläubigkeit 81
- Haftungsbeschränkung
 - bei Ausübung elterlicher Sorge 64
 - unter Ehegatten 87
 - vertragliche 19, 31
- Haftungseinheit 64, 67
- Haftungslage 38
- Hehlerei 52
- Heiratsvermittlung 46
- Herausforderung des Opfers 61
- Hersteller (in § 950 BGB) 75
- Hinterbliebenengeld 62
- Hinterlegung 85
- Höferecht 94
- Hypothek, s. Grundpfandrechte
- immaterieller Schaden 27
- Immissionen 71
 - ideelle 82
- Insichgeschäft 97
- Insolvenz 86
- Interessenabwägung 59
- Internet-Auktion 3
- invitatio ad offerendum 2, 3
- Inzahlungnahme 42
- Irrtum (s. auch Anfechtung)
 - beiderseitiger 22
 - über Eigenschaften 7
- juristische Person 21
- Kalkulationsirrtum 22
- Käuferkette 37
- Kaufmann 4
- kaufmännisches Bestätigungsschreiben 4
- Kausalität 65
 - adäquate 53, 61
 - haftungsbegründende 57
 - psychisch vermittelte 61, 62
- Kfz-Brief 70
- Kfz-Halter 65
- Klageantrag 57
- Kommerzialisierung 27, 28
- Kommissionär 12
- Körperverletzung 62
- Kostenvorschuss 47
- Kraftfahrzeug 27, 28
- Kreditauftrag 32
- Kreditvertrag 33
- Ladendiebstahl 30
- lastenfreier Erwerb b 81
- Leasing 45
- Legalzession 31, 35, 49, 64
- Leistung
 - durch Dritte 73
 - nach dem Tode 100

- Leistungskondiktion 17, 55; s. ungerechtfertigte Bereicherung
 Leistungsstörungen
 – beim Reisevertrag 48
 Lieferant als Warenkreditgeber 76
- Mängelbeseitigung 47
 Mietvertrag 38, 51
 Minderjährigenschutz 15, 54
 Mitbesitz 72
 Miteigentum 83
 Miterben 97
 Mitverschulden 20, 53, 61, 67
 – bei Schockschaden 62
 – des gesetzlichen Vertreters 64
- Nacherbenvermerk 81
 Nacherfüllung 40
 Nachfristsetzung 40
 Nachlassverwaltung 97
 Naturalobligation 3, 16, 46
 Naturalrestitution 27
 Nebenbesitz 74
 Nebenleistungspflicht 19
 Nebensache 75
 Nebentäter 67
 negatives Interesse 14, 53
 Neurose 62
 nichteheliche Lebensgemeinschaft
 – Ausgleichsansprüche 93
 normativer Schaden 29
 notarielle Beurkundung 5
 Nutzungsausfall 28
 Nutzungsersatz 43
- Obhut für fremde Sachen 37
 Obliegenheit 16, 64
 Organhaftung 24
 Organisationsverschulden 20, 24, 56, 61
- Partnerschaftsvermittlung 46
 Personenschaden 27
 Persönlichkeitsrecht
 – Recht auf Familienplanung 63
 – Schmerzensgeld 59
 Pfandrecht
 – des Werkunternehmers 70
 Pflichtteilsrecht 96, 99
 Polizei 50
 Preisgefahr 47
- Pressefreiheit 59
 Privatautonomie 1, 10, 96
 Produkthaftung 56–58
 Prostitution 29
- Rahmenrecht 59
 Recht am eigenen Bild 59
 Rechtfertigung durch öffentlich-rechtliche Genehmigung 71
 Rechtsbindungswille 3, 16, 93
 Rechtsfortbildung 5, 91
 Rechtsgrundverweisung 51
 Rechtsmangel 7
 Rechtsnachfolge 38
 Rechtsscheinshaftung 14
 Rechtswidrigkeitszusammenhang 53
 Regress 31, 34
 Reisevertrag 35, 48
 Rentabilitätsvermutung 26
 Repräsentantenhaftung 24
 Restschuldbefreiung 10
 Richterrecht 6
 Richtlinien 33, 43
 Risikoerhöhung 61
 Risikosphären 22
 Rücktritt 25, 26, 42
- Sachherrschaft 69
 Sachmängelhaftung 7, 40, 58
 – Ausschluss 39
 Saldotheorie 9, 17, 53, 54
 salvatorische Klauseln 12
 Schadensersatz (s. auch Naturalrestitution)
 – Aufwendungen 49
 – Bearbeitungskosten 30
 – bei mehreren Beteiligten 66
 – Berechnung 28
 – fiktive Reparaturkosten 27
 – für Vorsorgemaßnahmen 30
 – immaterieller Schaden 59
 – Kommerzialisierung 28
 – negatives Interesse 53
 – statt der Leistung 26
 – unter Ehegatten 87
 Schadensminderungspflicht 87
 Scheingeschäft 6, 82
 Schenkung 15, 19, 90, 92, 93, 99
 – Verarmung des Schenkers 96
 – von Todes wegen 13, 100
 Schickschuld 18

- Schlüsselgewalt 88
- Schlusserbe 96
- Schmerzensgeld 27, 62, 67
 - bei Persönlichkeitsrechtsverletzung 59
 - bei Pflichtverletzung des Arztes 63
- Schockschaden 62
- Schönheitsreparaturen 51
- Schriftform 11
- Schuldbeitritt 32
- Schuldübernahme 20, 38
- Schutzzweck der Norm 53, 61, 62, 65
- Schwangerschaftsabbruch 63
- Schwarzarbeit 8
- Schwarzkauf 82
- Selbstaufopferung 49
- Selbstkontrahieren 13, 15
- Selbstvornahme 40
- Sicherung zukünftiger Ansprüche 36
- Sicherungsabtretung 85, 86
- Sicherungsgrundschuld 34, 79
- Sicherungsübereignung 74, 85, 86
- Sicherungsvertrag 86
- Sittenwidrigkeit 20, 29, 52, 95
 - eines Darlehensvertrages 10
- Sozialhilfe
 - Überleitung von Ansprüchen 96
- Sozialstaatsprinzip 10
- Sozialversicherung 64
- Staatshaftung 38
- Stellvertretung 4, 13
 - mittelbare 37
 - unter Ehegatten 88
 - Missbrauch der Vertretungsmacht 4
 - Zurechnung der Kenntnis des Vertreters 4
- Straßenverkehrsgesetz 49, 65
- Stoffgleichheit 58
- Stückkauf 39
- Surrogation 14, 94
- Synallagma 9, 23

- Täuschung, s. Anfechtung
- Teilnichtigkeit 8
- Telefax 32
- teleologische Reduktion 8
- Testament
 - Auslegung 94, 96
 - gemeinschaftliches 96
- Testamentsvollstreckung 96
- Testierfreiheit 95, 96

- Tierkauf 12
- Totalreparation 29

- Übereignung 72
- Übersicherung 85, 86
- Umdeutung 7, 89
- Umweltschäden 71
- unbenannte Zuwendungen 92, 93
- unerlaubte Handlung
 - Alternativtäter 66
 - Nebentäter 67
 - Verkehrssicherungspflichten 36, 58, 71
- ungerechtfertigte Bereicherung 20, 55
 - aufgedrängte 78
 - *condictio ob rem* 93
 - bei Beendigung einer nichtehelichen Lebensgemeinschaft 93
 - im Dreieck 55
 - bei Ehescheidung 90
 - Entschädigung für Rechtsverlust 76, 77
 - Gegenstand 51
 - bei Geheißerwerb b 73
 - Minderjährigenschutz 54
 - Rückgriffskondition 20
 - Saldo- und Zweikonditionentheorie 53
 - Wegfall der Bereicherung 54
- Unmöglichkeit 25
- Unterhaltsregress 91
- Unterhaltsschaden
 - bei behindertem Kind 63
 - Berechnungsbeispiel 68
- Unterhaltsverzicht 96
- Untervollmacht 14
- Urlaubsgenuss 28

- Valutaverhältnis 55
- Vaterschaftsanerkennung 91
- venire contra factum proprium* 6, 84
- Veranlassungsprinzip 55
- Verarbeitung 75, 77
- Verarbeitungsklausel 75, 85
- Veräußerungsverbot 89
- Verbindung
 - beweglicher Sachen 75
 - mit einem Grundstück 76
- Verbotsgesetze 8
- Verbraucherdarlehen 33
- Verbrauchsgüterkauf 12, 18, 41
- Verbraucher(schutz) 44
- verbundenes Geschäft 44

- Verbraucherkredit 33, 44
- Verein 24
- Verfolgungsfälle 61
- Verfügungsbeschränkung (§ 1365 BGB) 89
- Verfügung und Verpflichtung 97
 - über das gesamte Vermögen 89
- Verfügung von Todes wegen
 - Sittenwidrigkeit 95
- Verhältnismäßigkeit 23
- Verjährung 12, 48
 - beim Werkvertrag 31
 - Hemmung 86
 - Verkürzung 12
- Verkehrsgeschäft 83
- Verkehrssicherungspflicht 36, 58, 64, 71
- Vermächtnis 94
- Verpfändung 86
- „Verpflichtungsermächtigung“ 70
- Verrichtungsgehilfe 24
- Versandhandel 18, 43
- Versendungskauf 18
- Versteigerung 3
- Vertrag mit Schutzwirkung für Dritte 36, 38, 56
- Vertrag zu Gunsten Dritter 35, 100
- Vertrag zu Lasten Dritter 96
- Vertragsanpassung 22
- Vertragsauslegung, ergänzende 37
- Vertragskosten 26
- Vertragsschluss 2, 4
- Vertrauensschaden 6, 20
- Vertrauensschutz
 - des Leistungsempfängers 73
 - bei Rechtsprechungsänderung 5
- Vertreterhaftung 21
- Vertretung, s. Stellvertretung
- Verwahrung 38, 62
- Verwendungsersatz 70
- Verwirkung 33, 44, 84
- Verzug 23, 26
- VOB 31
- Vollmacht 13, 14
- Vorausabtretung 85
- Vor- und Nacherbschaft 96
- Vorhaltekosten 30
- Vormerkung 81, 82
- Vorrang des Vertragsverhältnisses 70
- Vorteilsausgleichung 62, 68
- Wahlschuld 40
- Wegnahmerecht 78
 - weiterfressender Mangel 58
- Werkunternehmerpfandrecht 70
- Werkvertrag 47
- Wertersatz 25, 42, 51
- wesentlicher Bestandteil 75, 78
- Wettlauf der Sicherungsgeber 34
- Widerrufsbelehrung 33
- Widerrufsrecht 33, 43, 44
- Widerrufsvorbehalt 2
- Wiederverheiratungsklausel 96
- Willenserklärung 1
 - durch Schweigen 4
 - Zugang nach dem Tod des Erklärenden 100
- Wohnungseigentum 83
- wrongful birth/wrongful life 63
- Wucher 9
- Zahlungsdienste 55
- Zahlungsort 18
- Zahlungsziel 23
- Zugewinnausgleich 90
 - Berechnungsbeispiel 90
 - und Pflichtteil 98
 - und Schenkung 92
- Zug-um-Zug Leistung 39
- Zulassungsrevision 87
- Zurechnung 61, 65
- Zurechnungseinheit 67
- Zurechnungsnormen 6, 24
- Zurückbehaltungsrecht 12, 23
 - des unberechtigten Besitzers 70
- Zweckabrede 92, 93
- Zweckvermächtnis 96
- Zweikondiktionentheorie 9, 53
- Zwischenverfügung 15